
Keine Devisen
und Waffen für
den Völkermord
an Kurden!
Nr. 341
3. August 19
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
auswärts
3 DM
2,50 DM

Es ist Sommer, es ist heiß, es ist Urlaubszeit.
Das Hirn hängt immer zwei Minuten hinter her, die Füße in einer Wanne kalten Wassers.
Die Interim gibt es nur alle zwei Wochen, weil viele weg sind und wir etwas vom Sommer haben wollen. Das scheint ihr uns nicht zu gönnen. Der Postkasten war obervoll. Eigentlich sehr schön, aber für uns diesmal ein Problem. Was kommt rein, was in den Ordner, was in eine der nächsten Nummern? Obwohl wir viel verschoben haben, ist eine ganze Menge im Ordner gelandet, vieles davon lesenswert.
In diesem Zusammenhang sei Euch gesagt, daß, wie schon ein- oder zweimal bemerkt, **montags** Redaktionsschluß ist. (Vorschläge für Rückseiten sollten früher da sein)
Nur unterstützen können wir, die Aufforderung einer Autonomen die Umstände des "Kiezkrieges" (heißt das eigentlich in Abgrenzung zu Bürgerkrieg so, weil der zu bürgerlich ist?) öffentlich zu machen und die Fragen, die sie aufwirft, zu diskutieren.
Gut finden wir, daß es ein genaueres Flugblatt zum K.O.M.I.T.E.E. gibt.(hübsch ist es geworden) Wenn es früher gekommen wäre, hätten wir uns viel Diskussion ersparen können.
Die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf möglich ist, hat die Aktion (samt Erklärung) der Roten Zora aufgezeigt.
Solidarität hat viele Möglichkeiten, aber muß praktisch werden!

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner
- ★zu Mumia: - Bericht zu den ersten Prozeßtagen
  - Aktivitäten in München
- ★Redebeiträge zu 'radikal' und 'Komittee' vom Knastbeben
- ★wildcat zu Lohnkämpfen
- ★Frauen aus Basel zu Pat und derzeitige Auseinandersetzungen
- ★informatives zu Scientology
- ★Aufruf nach Wittstock (Kurzfassung im Heft)
- ★Brief der EZLN und Text aus der ila incl. des Fragebogens der EZLN
- ★infos zu den Durchsuchungen am 13/6 in Lübeck
- ★Durchsuchungen in Bonn 'le Sabot'
- ★Presseinfos zum kurdischen Hungerstreik
- ★Kritik an Interim im Zusammenhang mit der Pädo-debatte, die wir (intelektuell) nicht kapiert haben
- ★Tierrechtscafé zum BAOBAB
- ★Anschlag auf TGV
- ★Freiburger Frauen kastrieren Denkmal
- ★boykottiert Deutschland
- ★Faltblatt des EA Bremen zum 3.10.94
- ★Pressemappe der antirassistischen Radtour

IHR HABT DIE MACHT, UNS GEHÖRT DIE NACHT

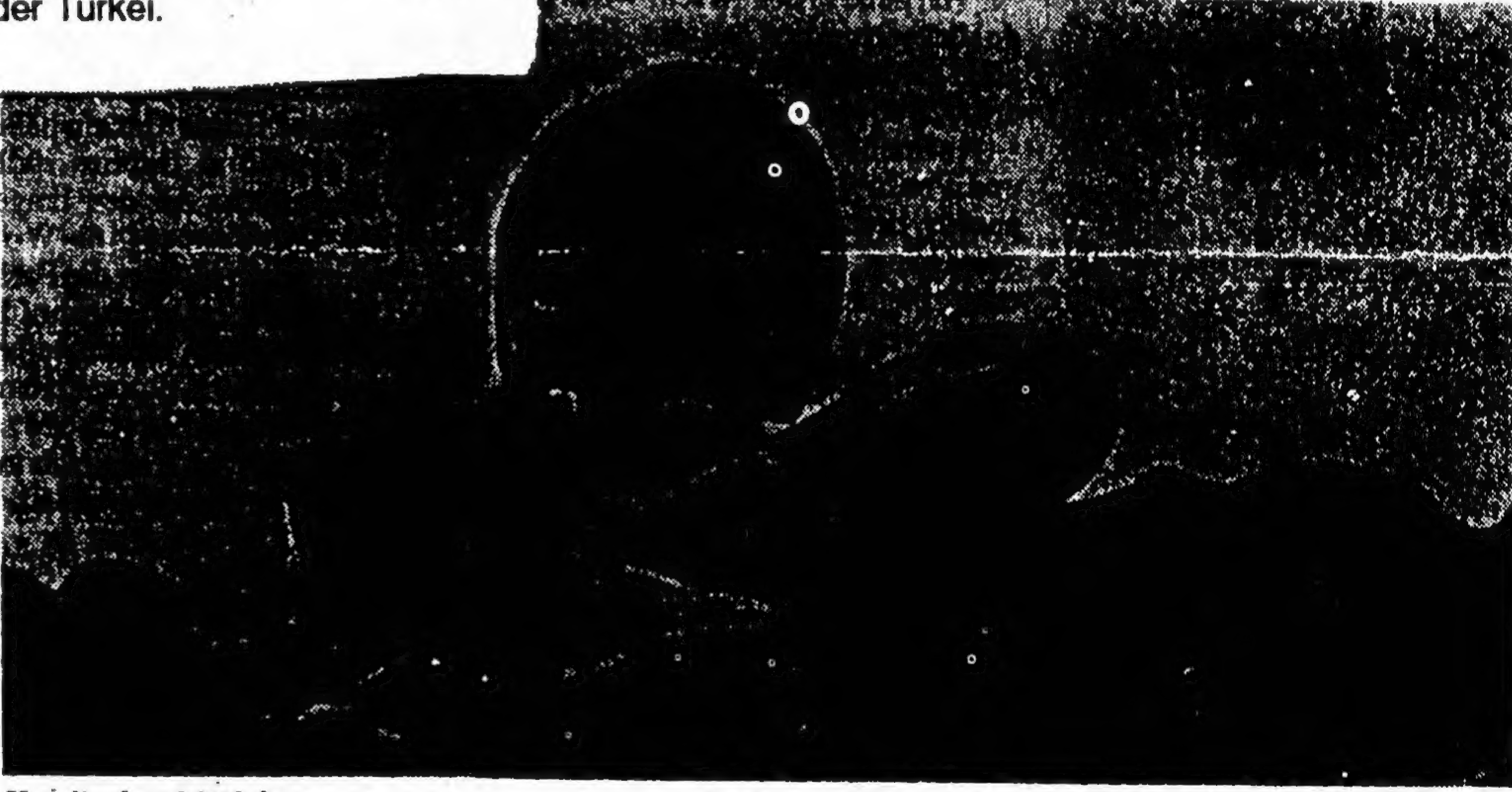
In der Nacht zum 24.7.95 haben wir die Werft der Firma Lürssen in Lemwerder bei Bremen mit einem Sprengsatz heimgesucht. Sie ist einer der Rüstungslieferanten für das türkische Regime, das einen mörderischen Krieg gegen die KurdInnen führt.
Lürssen liefert seit Jahren Militärschiffe in die Türkei, z.Zt. sind Flugkörperschnellboote in Lemwerder und in der türkischen Marinewerft Tazkisac im Bau, und exportiert Produktionsanlagen, das nötige Know-How sowie militärische Ausbildung in alle Welt.

Die BRD unterstützt das türkische Regime in seinem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung als Waffenlieferant Nr.2, hinter den USA. BRD-Militärmaterial in Höhe von 1,5 Milliarden DM (im sog. Materialhilfeabkommen für die Jahre 1990-95) wurde zur Sicherung der imperialistischen Interessen in das strategisch wichtige "NATO-Partnerland Türkei" in den letzten 5 Jahren geliefert. Mit Großaufträgen wie dem Ausbau von Übrwachungsanlagen an der Grenze zu Syrien, wohin das türk.Regime eine erprsserische Wsserpolitik betreibt, oder die Unrüstung von 450 NVA-Panzern, die den türkischen Machthabern schließlich geschenkt und in Kurdistan eingesetzt wurden, sichern sich die BRD-Konzerne und -Rüstungsindustrie ihre Gewinne. 700 deutsche Rüstungsfirmen produzieren heute direkt in der Türkei.
In dem Krieg gegen die KurdInnen werden seit mindestens 5 Jahren systematisch Dörfer niedergebrannt: nach dem Menschenrechtsverein IHD sind bis Oktober 94 mehr als 1300 Dörfer in Kurdistan zwangsgeräumt oder zerstört worden. In den letzten Monaten konzentrierten sich die Razzien und Vertreibungen sowie Folterungen und Hinrichtungen auf DorfbewohnerInnen in der Provinz Dersim. Aus dieser Region kamen schon seit den 60er Jahren viele der hier in der BRD lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen, die vor der gezielten Verarmungs- und Zerstörungspolitik flüchteten. Zunehmend werden heute auch die kurdischen Städte aus Kampfflugzeugen bombardiert und Flüchtende in Internierungslager außerhalb der kurdischen Großstädte eingesperrt.
Trotz z.T. massiver Proteste durch die kurdischen MigrantInnen und teilweise durch parlamentarische Gremien gehen die Rüstungslieferungen ungehindert weiter und "verzichtet" auch der Europarat in Straßburg "auf Sanktionen gegen die Türkei" (FR vom 27.6.95)
Die Flucht vor dieser Vernichtungspolitik in die BRD bzw. Westeuropa wird für KurdInnen durch die rassistische Asylgesetzgebung (und die Durchsetzung des Schengener Abkommens) immer schwieriger. Innenminister Kanther konnte es "als großen Erfolg" darstellen, "daß aufgrund des drastisch eingeschränkten Asylrechts immer weniger Menschen die Möglichkeit haben, in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung zu beantragen" (zit. nach FR vom 22.6.95).
Mit dem PKK-Verbot letztes Jahr hat sich das BRD-Regime noch dazu ein bisher beispielloses Mittel zur rassistischen Verfolgung und Kriminalisierung einer ganzen Gruppe von MigrantInnen - der KurdInnen - geschaffen.



Probleme mit der Solidarität

Es ist uns ein Anliegen, die Passivität vieler Frauen- und linker Zusammenhänge gegenüber dem kurdischen Widerstand und der massiven Repression an den hier Zuflucht suchenden und den Widerstand zuhause unterstützenden KurdInnen aufzubrechen. Dieses Nichtverhalten wird oft mit Kritik an der Politik der PKK begründet. Mit der PKK kann frau sich nicht identifizieren - wir auch nicht -, und leider wird Solidarität meistens von dieser Frage abhängig gemacht. Wir wollen hier über politische Solidarität diskutieren, die sich nicht länger an der Identifikation mit Befreiungsbewegungen oder der Distanzierung von ihnen mißt.
Über Identifikationen werden eigene Wünsche projiziert, sie versperren den Blick auf die realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie sind keine tragfähige Basis für Solidarität. Im Gegenteil, sobald eine andere Realität hinter der Projektion sichtbar wird, ist es meistens Schluß mit der Soli.



Kurdisches Mädchen

Den Frauen in Kurdistan, die aus guten Gründen inner- oder außerhalb der PKK gegen ihre Unterdrücker und für umfassende Befreiung kämpfen, und allen vom türkischen Regime im Verein mit seinen imperialistischen BRD-Aufrüstern unterdrückten und bekämpften Menschen gehört unsere ungeteilte Solidarität.
Als in der BRD lebende Menschen müssen wir Verantwortung übernehmen und eingreifen, wenn wir den von hier massiv unterstützten und mitgeführten Krieg gegen die kurdischen Menschen nicht mittragen wollen.
Der Versuch, den Krieg in seinen gegen die Bevölkerung und gegen die Frauen gerichteten Dimensionen zu beschreiben, soll den auf die militärische Konfrontation zwischen PKK und türkischem Staat reduzierten Blick, der von herrschender Seite und den Medien wie auch von der PKK vorgegeben wird, aufbrechen.
Die PKK selbst legt keinen Wert auf eine klare Formulierung sozialer Befreiungsvorstellungen oder Programme. Sie und ihre deutschen UnterstützerInnen fordern dazu auf, die "nationale Befreiung des Landes" als Priorität anzuerkennen und daher ihre militärischen Erfolge im bewaffneten

Kampf gegen das türkische Militär, in dem der "neue Mensch" schon mithilfe der Partei geformt würde, zu unterstützen.
Der Blick auf die Konfrontation zwischen den beiden kriegführenden Parteien verschleiert aber die Auseinandersetzung mit der dortigen sozialen Situation und damit, in welchen Konfrontationen besonders die Frauen stehen, und mit welchen Zielsetzungen sie ihre Befreiungskämpfe verbinden.


Kurdische Kriegsflüchtlinge lagern bei der Stadt Silvan

Ziele des Krieges

Das türkische Regime und sein Militär führt einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, um ihren Widerstand gegen die Unterdrückung und ihre Unterstützung der Guerilla zu brechen. Der Krieg gegen die kurdischen Menschen zielt darauf, ihre teilweise noch weitgehend auf die gesellschaftliche Reproduktion und Subsistenz gerichteten Lebensweisen zu zerstören:
Hirten und Bäuerinnen und ihre Tiere werden bei der Arbeit auf ihren Feldern vom türkischen Militär erschossen, die Dörfer überfallen und die Wintervorräte gezielt vernichtet. Aus der Luft werden systematisch die Wälder, Weiden und Felder in Brand geschossen, und Panzer zerstören ganze Landschaften. Das türkische Regime hat den Menschen ihre Produktionsweisen regelrecht "verboten" und setzt dies mit Kriegsmitteln durch.
In den Bergregionen gab es jahrhundertelang Weidewirtschaft, im Sommer ziehen die Menschen mit den Tieren zu den höheren Almen, im Winter in die Dörfer in den Tälern. In weiten Teilen entlang der 330 km langen Grenze, die die kurdischen Gebiete zwischen Irak und Türkei durchschneidet, lebten fast alle Menschen von Weidewirtschaft und vom lokalen grenzüberschreitenden Handel und Schmuggel. Diese Existenz wurde ihnen mit den Verboten und der anhaltenden Vertreibung geraubt. Nach der Devise, die Rückzugsmöglichkeiten und Unterstützung der Guerilla abzuschneiden, sind hier in den letzten Jahren riesige Gebiete als "Sicherheitszonen" und militärische Aufmarschgebiete gegen die Nachbarländer entvölkert, die Dörfer gänzlich dem Erdboden gleichgemacht. Fast alle kurdischen Familien haben Kinder oder Verwandte, die vom Militär verschleppt, gefoltert oder ermordet wurden. Kein Wunder also, daß in vielen Gegenden bald aus jeder Familie Angehörige bei der Guerilla sind, die natürlich unterstützt werden.
In den Jahrzehnten vor dem Erstarken der PKK diente die militärische Besetzung und zeitweilige Kriegführung in Kurdistan einer Politik der Menschenvertreibung für die Sicherung der binnen-kolonialen Ausbeutung. Auch unter dem Druck des Weltmarkts und der IWF- und Weltbankauflagen setzt das türkische Regime bis heute nur auf den Krieg, um seine mörderischen bevölkerungspolitischen Ziele durchzusetzen. Es will damit die alten Solidarnetze und den Widerstand der KurdInnen, der mit ihren Lebensgrundlagen verwoben ist, zerschlagen.
Der Krieg, die Zerstörung und Vernichtung stehen der längst geplanten und z.T. schon durchgesetzten (Herrschafts-) "Modernisierung" nicht blockierend gegenüber, es sind vielmehr die Voraussetzungen, um die "modernen", d.h. imperialistischen Formen der Ausbeutung und Verwertung den ihrer Subsistenz beraubten Menschen aufzwingen zu können. Die in der Eskalation des Krieges in den letzten Jahren begonnene Vertreibung von Hunderttausenden kleinbäuerlichen Familien für die Errichtung von Exportzonen im GAP[1]-Gebiet ist nur die andere Seite der Medaille. In den 6 großen Provinzen des GAP leben heute über 4 Millionen Menschen überwiegend von Ernte-, Saison- und ihrer Subsistenzarbeit. Ihre kleinen Felder werden im Zuge der "Landreform" nach und nach vom Staat angeeignet und von den Investoren und Großgrundbesitzern der GAP-Region einverleibt.
In unserer grundsätzlichen Ablehnung von Herrschafts-Modernisierung gehen wir davon aus, daß die "Entwicklungszonen", wie sie z.B. in der GAP-Region vorgesehen sind, nichts mit den Wünschen der KurdInnen nach Verbesserung ihrer Existenz zu tun haben[2]. Denn für die überwiegende Mehrheit der verarmten Bevölkerung heißt das die Enteignung von Land und die nachhaltige Entwertung und Zerstörung ihrer Fähigkeiten und bisherigen Produktions- und Lebensweisen.

Krieg gegen die Frauen

Der Krieg wird nicht nur in den Gegenden geführt, wo die Guerilla sehr stark ist, sondern er konzentriert sich auch dort, wo die Frauen eine vergleichsweise starke und freizügige Stellung in der Gesellschaft haben: in den Bergregionen mit ihrer Tradition der halb-nomadischen Weidewirtschaft und gegen die Yezidi und AlevitInnen, die sich den patriarchalen und religiös verbrämten Unterdrückungsnormen stärker verweigert haben. Bis heute ist dort die starke Position und der Widerstand der Frauen gegen ihre Unterdrückung sowie gegen ihre Ausbeutung durch die (kurdischen) Großgrundbesitzer weitgehend lebendig.
Mit ihrer Vertreibung aus den Dörfern werden den Frauen ihre eigenständigen Arbeitsbereiche weggenommen. Sie verlieren ihre gesellschaftlich wichtige Rolle und finden sich als Flüchtlinge in den Elendsgürteln der kurdischen und türkischen Städte und in zunehmender Anzahl in regelrechten Internierungslagern wieder. Unter diesen Bedingungen verlieren sie ihre traditionellen Solidarnetze und wird ihre gesellschaftliche Ausgrenzung, Abhängigkeit und Auslieferung gegenüber zunehmender Männergewalt in "modernen" Formen von patriarchaler (insbes. sexistischer und Kleinfamilien-) Unterdrückung erleichtert.
Mehr noch als der Verlust der Eigenständigkeit der Frauen in den Städten und ihre Abhängigkeit von ihren arbeitsuchenden Männern, schaffen die neuerrichteten kriegsstrategischen Wehrdörfer und Internierungslager neue patriarchale Gewaltverhältnisse: mit der militärischen Kontrolle, mit Hunger, Krankheit, Kindersterben, Entwürdigung und Abhängigkeit infolge der Lebensmittelzuteilungen, mit Folterungen und Vergewaltigungen. Die Verelendung und Verunsicherung begünstigt patriarchale Gewaltbereitschaft, die sich auch im Zulauf zu solchen islamischen Gruppen niederschlägt, die frauenunterdrückende Normen propagieren und durchsetzen.

---

1 das "Ostanatolienprojekt" umfaßt eine ganze Reihe z.T. riesiger Staudämme, u.a. zur Bewässerung von Export-Landwirtschaft, sog. agro-industriellen cash-crops, die Errichtung von Vieh-, Leder-, Tabak- und anderen Industriezonen, Tourismuszonen usw.

2 In einer von der 1994 durch den irakischen Geheimdienst ermordeten Journalistin Lissy Schmidt veröffentlichten Umfrage lehnten zur Zeit des Baubeginns Anfang der 80er Jahre 70% der betroffenen Bevölkerung das Projekt ab



Widerstand der Frauen

Selbst über die faktische Ausradierung von tausenden Dörfern gelingt es dem türkischen Regime bis heute nur schwer, den Widerstand der KurdInnen zu zerschlagen. Obwohl die traditionelle Subsistenz so gut wie ausgelöscht wurde, konnte die Frauenstärke bisher nicht zerstört werden. Daran knüpfen die Frauen an und entwickeln sie in den Städten weiter. "Immer mehr kurdische Städte werden zu Pulverfässern, immer mehr Menschen gehören zu der besitzlosen Masse, deren Subsistenzmöglichkeiten zerstört sind und die in den Städten nicht einmal mehr die Möglichkeiten finden, sich als TagelöhnerInnen zu verdingen. An vielen Orten gelang es ihnen auch, die 'eingesessenen' Städter zu mobilisieren." (Lissy Schmidt, 92/93). Gerade die aus den Bergdörfern vertriebenen Landfrauen[3] waren die treibenden und organisierenden Kräfte des Serhildan/der "kurdischen Intifada", die seit Ende 89 bis März 92 immer wieder mit Steinen, Stöcken etc. und ihrer Wut bewaffnet sich den Militärs entgegenstellten. Seither werden die Newroz-Feiern mit riesigen Militäraufgeboten und deutschen Panzern "bewacht"[4], Städte als neue Widerstandszentren bombardiert, immer mehr Menschen von Todesschwadronen entführt, gefoltert und umgebracht. Viele der in die Städte vertriebenen Frauen bilden neue Zusammenhänge, Solidaritäts- und Widerstandsstrukturen in Menschenrechts- und Gefangenenunterstützungs- Vereinen, in Stadtteilkomitees, gegen die Todesschwadronen, zur Veröffentlichung der Hungerstreiks von Gefangenen und in eigenen Hungerstreiks gegen die Folter und Verschwindenlassen ihrer Angehörigen und FreundInnen, und entwickeln dort überall große Power. Auch hier gehört der Kampf um bessere Lebensbedingungen und für die Menschenwürde zu den Triebfedern des Widerstands der Frauen.
Viele junge Frauen gehen in die Berge, zur Guerilla, in die Illegalität, um sowohl gegen die Repression, Vertreibung, Krieg des türkischen Militärs als auch für ihre Befreiung von ihrer traditionellen patriarchalen Unterdrückung zu kämpfen.

kurdische Frauen und die PKK

Ein wesentlicher Grund für die große Teilnahme und Organisierung vieler Frauen auch an den Kämpfen in der PKK ist, daß der Krieg direkt gegen sie und ihre Familien, FreundInnen, Dörfer und Städte geführt wird. Auch vor dem Krieg wurde ihr Leben in Kurdistan bestimmt durch die türkische Kolonialpolitik im Verein mit den kurdischen Großgrundbesitzern: immer mehr Land im dörflichen Gemeinschaftsbesitz, eine der Grundlagen für die Weidewirtschaft, wurde beschlagnahmt und "kapitalisiert", die Menschen mit rassistischen bürokratischen und militärischen Repressionen terrorisiert und systematisch sozial unterversorgt, die Bodenschätze und Produkte ihrer Landarbeit ausgeplündert. Deshalb entschlossen sich seit den 50er Jahren bis heute immer mehr Menschen zur Emigration. Im Prozeß dieser sogenannten Unterentwicklung und der Repressionen und im anwachsenden Widerstand dagegen wuchs auch die Sehnsucht vieler Frauen nach mehr Freiheit, Vielfalt, Erfahrungen etc. und ihre Ablehnung derjenigen traditionellen Dorfstrukturen, die sie einengten und unterdrückten. Mit der Auflösung der Großfamilie ist zugleich ihre Aussicht auf Macht und Wertschätzung als ältere Frau - die Frauen auch immer zu Verteidigerinnen des Patriarchats machte - im Schwinden begriffen.



Deutsche Waffen im Einsatz in Türkisch-Kurdistan, hier: ein Schützenpanzer MLW 113, der nach Zeugenaussagen sehr oft zu sehen war. Vor allem in den Bergen zwischen den kurdische Dörfern patroullierten diese gepanzerten Fahrzeuge. Fotografiert am 28.3.1994 zwischen Gene und Lice.

Unter den jungen Frauen bekämpfen viele ihre patriarchale Unterdrückung in der Familie[5] und entscheiden sich für die PKK auch, um aus dieser auszubrechen
Zudem knüpft(e) sich die Hoffnung vieler kurdischer Frauen auf Befreiung aus diesem ganzen Elend von Zerstörung und Unterdrückung an die PKK, weil deren militärische Erfolge sich für sie als einzig ernstzunehmende Kraft gegen das türkische Militär und die Repressionsorgane erwiesen haben. Hauptverantwortlich für ihre Unterstützung der PKK aber ist die türkische Politik aus Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus[6]. Der dagegen unter den Kurdinnen

---

3 Besonders bekannt wurden die von den Frauen angeführten Aufstände v.a. in Sirnak. Im Februar 91 erschossen die Militärs hunderte von Mauleseln, um das Verbot des eigenständigen Kohleabbaus und -verkaufs durchzusetzen, worauf kaum eine Verwaltungseinrichtung von den wütenden Angriffen der Frauen (und Männer) verschont blieb und sie den Widerstand bis zum Newroz in einen Volksaufstand ausgeweitet hatten

4 während des Newroz 92 wurde ein kurdischer Junge von einem deutschen NVA-Panzer zu Tode geschleift. Die weltweit bekanntgewordenen Pressebilder konnten ausnahmsweise das BRD-Regime daran hindern, diese Tatsache des direkten Einsatzes deutscher Kriegsmittel gegen die kurdische Bevölkerung weiter zu leugnen, weshalb für kurze Zeit die Forderung nach Stornierung deutscher Rüstungslieferungen ein wenig Wirkung zeigte. Nach dem Abebben der Schlagzeilen und dem massiven Protest in der Türkei wurde das aber schnell aufgehoben.

5 "Zuhause befiehlt immer der Vater, und wenn er nicht da ist, der Bruder. Bei der Guerilla kann ich mich endlich selbst bestimmen, auch Kommandeurin werden..."sinngemäßes Zitat einer jungen Frau von der PKK

6 "Bergtürken"= minderwertig, Verbot alles Kurdischen, der Sprache, Geschichte, Traditionen etc., schon in der Schule werden kurdisch sprechende Kinder von den türkischen Lehrern verprügelt

sich entwickelnde Unterdrücktenstolz und die Selbstbehauptung im Widerstand schafft(e) Verbindungen über alle sozialen Unterschiede hinweg. Seit "Atatürk" ist die politische Maxime, innerhalb des türkischen Machtbereichs alles Kurdische und jede Erinnerung daran möglichst vollständig auszulöschen. Die Erfahrung der KurdInnen, von kulturellen Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens und ihrer Geschichte ständig abgeschnitten zu werden, verstärkt(e) ihren Wunsch nach "kurdischer Identität", d.h. selbstverständlich wollen sie das sein und leben können, was frau/mann dort nicht sein darf, und dafür wollen sie nicht der Repression ausgesetzt werden.
Zitat einer Gefangenen aus Diyarbakir 1983: "...den in meinem Inneren seit meiner frühesten Kindheit gegen die Unterdrücker angesammelten Haß hinauszuschreiben, hat gutgetan...erst hier im Knast habe ich mich selbst, mein Land und meine Geschichte kennengelernt...die uns allen gemeinsame "Schuld" ist, Kurden zu sein..."
Nicht nur in Kurdistan, auch in der BRD wird in treuer Erfüllungsgehilfen-Manier für die türkische Repression den oft nur kurdisch sprechenden Angehörigen die Verständigung mit den kurdischen Gefangenen in BRD-Knästen untersagt, sie "sollen türkisch sprechen"!

"Identität" wird als Widerstand, als Verbotenes durchgesetzt, auch Traditionen wie z.B. das Newroz-Fest werden als Formen des Widerstands neu angeeignet und mit Leben gefüllt; aber auch als Hoffnung auf eine zukünftige und erst zu befreiende Gesellschaft, weil der Krieg zwar viel Kraft und Selbstbehauptungswillen ("Identität") mobilisiert, aber auch vieles verhindert und zerstört, Leiden, Ohnmacht, Beschränkung, Kampf ums Überleben erzeugt.

Die offizielle PKK-Propaganda setzt die Befreiung der Frauen mit ihrer Teilnahme am militärischen nationalen Befreiungskampf gleich.
Damit die fortschreitende Radikalisierung vieler junger Frauen gegen alte und neue Machtverhältnisse sich nicht gegen die PKK selbst richtet und ihren HERRschaftsanspruch gefährdet, versucht die Partei in den letzten Jahren, über viel Propaganda, Druck und "Erziehung" mithilfe ihrer Führerinnen in der YJWK[7], die Frauen in modernisierte patriarchale Familiennormen wiedereinzubinden. Die Reform besteht u.a. darin, in der Familie sog."nationale Traditionen" wiederauferstehen zu lassen und ihr ein folkloristisches Einheitsgewand als "Hort kurdischer Kultur" und Disziplinierungsmittel gegen zu weitgehende oder als "westlich" beschimpfte "Frauenemanzipation" von oben überzustülpen.
Solidarität und Kollektivität sind mit Sicherheit lebendige Inhalte der Frauenkämpfe. In vielen Eigeninitiativen solidarischen Handelns mit- und füreinander haben Frauen Selbstverantwortung übernommen und darüber kollektivselbstbestimmte Strukturen erkämpft, auch und gerade in den Bergen und gegenüber den männlichen Genossen. Damit stellen sie die sowieso schon erodierte und weit verstreute Familie in ihren patriarchalen Werten infrage und zugleich das für die Machtausübung der Partei wichtige Disziplinierungs- und Unterordnungsprinzip. Deshalb wird das "Kollektiv" der Familie als Keimzelle des Nationalstaats beschworen[8], und mit moralischem Druck wird versucht, die Frauen wieder in den Griff zu bekommen. "Jegliche Ansichten über Kurdistan, die den nationalen Konflikt nicht als Hauptkonflikt betrachten, dienen dem Kolonialismus und der Reaktion" ist ein Zitat aus dem PKK-Programm 1978, das heute von den Frauenführerinnen weitgehend beherzigt wird[9].
Obwohl wir das Bestreben vieler kurdischer Frauen nach "kurdischer Identität" als treibende Kraft im Widerstand gegen die rassistische türkische Repression verstehen und akzeptieren, ist die Behauptung einer "kurdischen Identität", die erst im "befreiten Kurdistan" sich entwickeln könnte, für uns eine Fiktion. Die Parteiideologie benutzt dieses Bedürfnis nach "Identität", indem sie auf die konseequente Verleugnung und Verdrängung kurdischen Geschichtsbewußtseins durch die türkische Politik baut und den vom Krieg vertriebenen Menschen Mythen über ihre Geschichte anbietet, anstatt ihren Kampf um Verteidigung und Anknüpfen an ihre lebendige Geschichte - z.B. im Widerstand gegen ihre Vertreibung - zu unterstützen. Die frühere Verschiedenartigkeit kurdischer Kulturen mit ihren von


Bewaffnete Kämpferinnen der PKK – irgendwo in Kurdistan

den Zentralgewalten relativ unabhängigen Produktionsweisen der Selbstversorgung sollen auch nach dem Willen der PKK - nicht nur nach dem der türkischen Besatzer - verschwinden, denn nur so kann sie ihre Vorstellungen zur Herrschafts-Modernisierung durchsetzen. Der Krieg als Medium der Zerstörung der vielfältigen Sozialstrukturen schafft die für den Macht- und zukünftigen Ausbeutungsanspruch der Partei benötigte Polarisierung und Zwangs-Vereinheitlichung. Sie wird von der PKK untermauert mit dem Mythos einer uralten Geschichte von der "Herausbildung der kurdischen Nation" und mit der Konservierung bestimmter kurdischer Traditionen. Mit der Zuschreibung dessen, was "kurdisch" zu sein hat und was nicht, soll all das, was dem Machtanspruch der Partei abträglich ist, unterdrückt und sogar aus dem Geschichtsbewußtsein der Menschen getilgt werden[10]. Dabei ist die Geschichte kurdischer Lebensweisen und Kämpfe derdart wechselvoll und unterschiedlich, daß vielleicht gerade dies sie charakterisiert. Ihre relativ autonome Dezentralität und Heterogenität konnte mit dazu beitragen, daß sie weder von der Zentral-

7 YJWK = Verband patriotischer Frauen Kurdistans, Frauenorganisation der PKK. Zitat aus einem Beitrag zur Situation emigrierter kurdischer Frauen 1992: "Die Kurden als Menschen aus einer fremden Gesellschaft haben andere soziale und politische Eigenschaften als andere Völker wie z.B. die Griechen, Jugoslawen, Türken usw."

8 mit "Kollektiv" ist die Unterordnung unter den Willen der patriarchalen Führung in Familie und Partei gemeint.
YJWK: "Sie (gemeint sind die Frauen in Kurdistan) haben das Bewußtsein erlangt, daß Befreiung nur durch ein befreites Land möglich ist. Genauso die Befreiung der Frau." zit. nach Radikal von Dez.94

9 "...ist es wichtig, daß die Frau die Verantwortung ihrer Aufgabe als Brücke zur Einbeziehung der Familie in den Dienst der Revolution sich bewußt macht und ausfüllt", zitiert aus einem PKK-Frauen-Text in der BRD zum 8.März 94

10 Mit der Naturalisierung des "Kurdischen" werden sowohl die kurdischen Menschen ethnisiert, indem "das Kurdische" von der Partei festgelegt und alles unerwünschte Verhalten als "der kurdischen Natur, der kurdischen Nation und dem kurdischen Menschen zuwiderlaufend" bekämpft wird, als auch diejenigen ausgegrenzt und unterdrückt, die nicht "kurdisch" sind oder sein wollen

gewalt der osmanischen Herrschaft zerstört noch von den modernen Nationalstaaten und von den imperialistischen Ausbeutungsinteressen bisher vereinnahmt werden konnten. Auch deshalb werden ihre Lebensgrundlagen vernichtet.

Wir lehnen die Umformung gemeinsam verstandenen lebendigen Widerstands gegen die Unterdrückung der kurdischen Menschen, die ihr Kurdischsein im Widerstand gegen die Repression, gegen die Unterdrückung ihrer Lebensweisen, von Sprache, Kultur etc. erkämpfen, in nationale Ideologie und erstarrte Kultur ab, weil das den alleinigen Zielen der Partei auf die eigene Macht und den zukünftigen Ausbeutungsanspruch im eigenen Staat entspricht und die sozialen und antipatriarchalen Widersprüche und Kämpfe zukleistert und verhindert.

Kritik am Befreiungs-Nationalismus

Im Unterschied zum kolonial-imperialen Nationalismus zur Durchsetzung und Ausübung seiner HERRschaft bildet sich der Befreiungs-Nationalismus in der Unterdrückung und als Widerstand verschiedener sozialer Gruppen gegen die Kolonisatoren und Imperialisten. Von daher ist er zeitweise identisch mit der Gegenwehr gegen jede Unterdrükkung. Er mobilisiert Befreiungs-Utopien der Menschen im gemeinsamem Kampf gegen Ausplünderung und Okkupation, Widerstands-Kultur gegen die Herrschende Dominanz-Kultur, die den Menschen ihre Lebensweisen, ihre Sprache, Geschichte, Erfahrungen etc. raubt.
Trotzdem sehen wir in der Ideologie der "nationalen Befreiung" kaum eine Möglichkeit zum Erkämpfen einer Gesellschaft auf dem Weg zur Abschaffung von Ausbeutung und patriarchaler wie rassistischer Unterdrückung:
Für die PKK zielt die "nationale Befreiung" darauf, die Macht in Kurdistan zu erobern und über die Besitzansprüche auf das Land mit seinen Reichtümern an Wasser, Öl und Bodenschätzen den eigenen Zugriff auf die kapitalistisch zu modernisierende Ausbeutung der Menschen und Ressourcen zu sichern.
Die Kämpfe der Menschen gegen die Herrschaftsmodernisierung (z.B. ihr Widerstand gegen Zwangsumsiedlung, Besteuerung, Weide- und Handelsverbote) werden von der PKK umgemünzt in "nationale" Ziele: sie sollen sich gegen das türkische Regime richten, nicht aber "Modernisierunng" als Zerstörung und Vertreibung und Verschärfung des Gegensatzes zwischen (Grund-) Besitzenden und Besitzlosen ablehnen.
Soziale Forderungen verschwinden hinter der Dominanz der nationalen Forderung nach dem eigenen Staat. Z.B. hat die PKK den Kampf gegen die Vertreibungen in der GAP-Region nicht unterstützt, selbst frühere Angriffe auf GAP-Ingenieure waren nur gegen die westlich-türkischen Ausplünderungspläne gerichtet. Die BäuerInnen mit ihrer Subsistenz in der "traditionellen Gesellschaft" werden oft als feudal-rückschrittlich bezeichnet, der Großgrundbesitz und Landverteilung aber nicht bekämpft. Rückgriffe auf die Traditionen gibt es da, wo es dem Ziel des Nationalstaats dienlich ist. Selbst Großgrundbesitzer sind "fortschrittlich", wenn sie die nationalstaatlichen Ziele unterstützen.
Die Ausrichtung der Kämpfe auf die nationale Eroberung bejaht die Zerstörung der Subsistenz und setzt auf die zukünftige Anbindung an den imperialistischen Weltmarkt.

Die von der Gesellschaft getrennten Guerillastrukturen mit dem Schwerpunkt militärischer Gegen-Macht gegen die türkische Armee und dem Ziel nationaler Abtrennung machen eine Guerilla-Formation nötig, die sich ausschließlich gegen die "Fremdherrschaft" richtet und infolgedessen ihre militärischen Angriffe nur gegen die militärischen und polizeilichen Besatzer-Organe ausführt. Damit wird die Bildung einer Guerilla verhindert, die sich an den sozialen, gegen Ausbeutung und patriarchale und rassistische Unterdrückung gerichteten Befreiungsinteressen orientieren könnte.
Auch wenn für viele Frauen in Kurdistan die Bildung einer eigenen Frauenarmee innerhalb der PKK als notwendiger und zu begrüßender Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung gesehen wird, ist das für uns keine Orientierung. Auch die Beteiligung oder eigene Frauenorganisierung darin ändert nichts daran: die militärische und von den sozialen Kämpfen losgelöste Formierung bleibt eins der Stützpfeiler und Erneuerer des Patriarchats. Wir wollen den Mythos von der revolutionären Qualität des "bewaffneten Kampfes" per se hier nicht unterstützen. Denn der "bewaffnete Kampf" führt nicht durch seine militärische Ausrichtung und Bewaffnung auf den Weg zur Befreiung, sondern nur durch seine Verbindung mit den sozialen und gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten Kämpfen.

Unsere Solidarität gilt v.a. den Frauen, die nicht bereit sind, in den Kämpfen ihre Forderungen nach einer befreiten Gesellschaft ohne Frauenunterdrückung und ohne Ausbeutung den national-ethnisierenden Parolen zu opfern.



Überlegungen zu Internationalismus, Antirassismus und feministischer Solidarität

Heute ist der radikale Teil der feministischen Bewegung in der BRD öffentlich kaum mehr sichtbar, zurückgezogen und zersplittert in Grüppchen, die nur noch wenig Außenwirkung haben. Viele ehemals aktive Frauen haben ihre politischen Bedürfnisse in Berufsperspektive und Job verlagert oder nur noch auf die Veränderung im eigenen Alltag beschränkt und damit so gut wie aufgegeben.
Die großen gesellschaftlichen Umbrüche in den letzten Jahren haben uns teilweise den Boden unter den Füßen weggezogen, so daß es nahe lag, innezuhalten und uns selbstkritisch mit unseren bisherigen Politikformen und Schwächen auseinanderzusetzen. Auch die Kritik von Migrantinnen und Frauen aus den 3 Kontinenten an der metropolitanen weißen FrauenLesbenbewegung trug zur Einsicht bei, daß wir die Widersprüche bei uns selbst - unseren Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus, Produktivismus... - zum Thema machen müssen, wenn wir wieder zu einer starken Bewegung werden wollen.
Das bisherige feministische Selbstverständnis von Politik in erster Person (als Frauen sind wir ALLE, wenn auch unterschiedlich, unterdrückt und "objektiv" gegen das Patriarchat) wurde infragegestellt durch die Auseinandersetzung mit unserem Eingebundensein in diese Metropolen-Frauen-Realität, in der wir nicht nur Opfer oder widerständige Subjekte, sondern auch Beteiligte und Nutznießerinnen der patriarchalen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sind. Die - notwendige und wichtige! - Auseinandersetzung über unsere Unterschiede hat uns von unserem angemaßten Sockel gehoben: wir sind nicht die Durchblickerinnen, die schon "befreiter" oder emanzipierter als die Frauen Osteuropas und der Drei Kontinente sind. Denn unsere "Befreiung" ist zugleich Form und Ausdruck der Komplizin-

nenschaft an der Unterdrückung unserer Schwestern.
Diese Einsicht hat uns bescheidener gemacht: Wir sprechen nicht mehr von revolutionären Ansprüchen und für ALLE Frauen, sondern nur noch für UNS, und da lassen wir das Wort "revolutionär" lieber weg - das kann es ja nur für ALLE geben, sonst verkehrt sich jeder Befreiungsschritt unweigerlich in den Ausbau von Privilegien. Der Rückzug in Positionen, die wenigstens für die eigenen 4 Wände noch Gültigkeit beanspruchen können, führte außerdem zur neuerlichen Abgrenzung von Anderen Frauen.
Zumindest verbal und manchmal auch tiefergehend haben wir die Forderungen von Migrantinnen und sozialer Diskriminierung ausgesetzten Frauen eingesehen, die Unterschiede zwischen uns wahrzunehmen, zu respektieren und darauf gründende Hierarchien und Macht-Eingebundenheiten, d.h. den eigenen Rassismus, Antisemitismus, Produktivismus, Hetero-/Sexismus bei uns zu bekämpfen. Das blieb allerdings oft beim bloßen Benennen stehen, indem ein korrektes Bewußtsein sich in einer korrekten Sprache ausdrücken sollte. Als ob es ein "richtiges" Bewußtsein in "falschen" Verhältnissen geben könne, ohne daß frau diese aktiv bekämpft.
Hier entpuppt sich unsere gewachsene Sensibilität und Bereitschaft zur Selbstkritik als Schein. Sie widerspiegelt zunächst nur die Unsicherheit infolge des Auflösungsprozesses ("Deregulierung") des alten metropolitanen Gesellschaftsgefüges und der Erneuerungsoffensive patriarchaler Macht und Ausbeutung, worin auch frühere feministische Forderungen von den HERRschenden und MitschwimmerInnen integriert wurden. Mit dem Rückzug auf UNS und mit der vorrangigen Beschäftigung, unser Bewußtsein zu sensibilisieren, befinden wir uns voll im herrschenden gesellschaftlichen Trend zur weiteren Individualisierung und Auflösung gemeinsamer sozialer Erfahrungen. In Teilen unserer praktischen wie unserer theoretischen Auseinandersetzungen vollziehen wir die Zerstörung sozialer Gemeinsamkeiten mit, die einmal Grundlage für Widerstand waren.

Einer kämpferischen und revolutionären Perspektive können wir uns nur wieder annähern, indem wir über unser Interesse und unseren Kampf für die Abschaffung sexistischer Gewalt und patriarchaler Macht hinaus Verbindungen eingehen, Netze knüpfen zu den Frauen und ihren Strukturen, die hier rassistisch und sozial ausgegrenzt/ausgebeutet und mißhandelt werden. Wir müssen - bei Respektierung der Differenzen - uns konketer einlassen auf die Frauen, deren rassistische, sexistische, rechtliche und soziale Diskriminierung sie den krassesten Ausbeutungs- und Gewaltverhältnissen aussetzt und sie so zu den Haupt-Angriffszielen für die HERRschaftsmodernisierung macht, wogegen sie aber auch ihre Gegenstrategien und kämpferische Subjektivität setzen. Die Entrechtlichung und Illegalisierung von MigrantInnen ist eine strategische Waffe der Herrschenden, hierauf errichten sie die Neuformierung von Ausbeutung und Gewalt in der Gesamtgesellschaft, hierüber wollen sie auch eine Re-Stabilisierung der Machtverhältnisse erreichen. Weil über die Illegalisierung Arbeitskraft und sexuelle Dienstleistung fast umsonst und egal mit welchen brutalen Gewaltmitteln zu haben ist, werden die Reproduktionskosten für alle gesenkt, d.h. fast jedeR profitiert noch davon, und so können alle anderen Arbeitskraft-Kosten für alle Typen von Ausbeutern (Frauen und MigrantInnen eingeschlossen) quer durch die Gesellschaft verbilligt werden.
Frau darf nicht dabei stehenbleiben, für das Bleiberecht und von Männern unabhängige Aufenthaltsrecht geflüchteter Frauen sich einzusetzen und dann vor ihrer Ausbeutbarkeit die Augen zu verschließen. Die Kämpfe von Migrantinnen zu unterstützen muß auch heißen, gegen die vielen Abstufungen ihrer Rechtlosigkeit und Illegalisierung vorzugehen, also für die grundsätzliche und ersatzlose Abschaffung des "Ausländerrechts" (und jeden anderen "Rechts", das geschaffen wurde, um Diskriminierungen festzuschreiben) zu kämpfen, mit unseren Möglichkeiten und den von uns zu entwickelnden Waffen und Widerstandsformen, denn wir wollen ja ihre Ausgrenzung und Ausbeutung nicht mittragen.



Außerdem ist es lustvoll und lebendig, die uns zugedachten Kleinkreise sozialer Zuordnung und Individualisierung zu durchbrechen, dem ("postfordistischen") Auflösungstrend sozialer Gemeinsamkeiten neue Zusammenhänge "von unten" entgegenzusetzen und das eigene Eingebundensein in die Widersprüche und Machtbeteiligungen in diesem menschenverachtenden System immer wieder zu überschreiten. Im Einlassen auf die "anderen" Frauen nehmen wir nicht nur ihre andere Subjektivität, ihre anderen - weniger am hier herrschenden Produktivismus und der "Unabhängigkeit des Individuums" und mehr auf soziale Reproduktion gerichteten - Werte, Handlungen und Kämpfe wahr. Sondern wir können uns auch ein wenig mit den Augen der anderen sehen und infragestellen lernen, z.B. indem sie uns mit unseren produktivistischen und rassistischen Werten und Handlungen konfrontieren. Wichtig ist, die Unterschiede wahrzunehmen und zu respektieren, aber genauso wichtig ist, aus den die HERRschaft stärkenden Abgrenzungen auszubrechen und ein kämpferisches Miteinander zu entwickeln, das die Durchsetzung alter und neuer patriarchaler Macht und kapitalistischer Verwertungsziele behindert, wo immer wir das schaffen. Unsere Hoffnung auf Frauenbefreiung und unsere Vorstellung von Kommunismus[11] schon hier und jetzt und auch im sozialen Alltag kann als Tendenz nur dann sicht- und lebbar werden, wenn wir unsere voneinander abgegrenzten und gegeneinander ausspielbaren Frauenunterdrückungen und unsere unterschiedlichen Strategien dagegen in die Kraft vernetzter Widerstands-Strukturen umwandeln. In dieser Verbindung und in den verschiedenen Kämpfen um Existenzrecht und Leben in Würde für ALLE, jenseits von Verwertungszwang, sozialer und kultureller Zugehörigkeit und Paßverordnungen etc., können wir manche Facetten unserer Integration in dieses Herrschaftssystem abbauen oder auch umdrehen zum Nutzen gemeinsamer Befreiung (z.B. durch unseren leichteren Zugang zu Information und Umgang mit der Verwaltungsbürokratie und unseren gesicherteren gesellschaftlichen Status...). Und in der Wahrnehmung dieses Systems, wie es sich in den Augen hierher geflüchteter und eingewanderter Frauen als Komplex miteinander verwobener rassistischer wie sexistischer wie ausbeuterischer Macht zeigt, lernen wir die Personifizierungen und Verantwortlichkeiten dieser Macht besser kennen und werden sie für uns angreifbar.

---

[11] Aus dem Kontext geht hoffentlich klar genug hervor, daß wir NICHT die marxistische Konzeption gesellschaftlicher Kämpfe zur "Fortschritts-Entwicklung" auf dem Weg zur "klassenlosen Gesellschaft" im Kopf haben. "Kommunismus" verstehen wir als kritischen Kampfbegriff für eine Gesellschaft, die den patriarchal-kapitalistischen Kult des Produktivismus mit seiner Gier zur immer weiter modernisierten und technologisierten Verwandlung alles sich "nur" reproduzierenden menschlichen Lebens in VerWERTung und in immer mehr NICHTverWERTbares, d.h. in Menschen ohne Existenz"berechtigung", aufhebt und jede Ausbeutung, Macht und Gewalt und damit die sexistischen und rassistischen Grundlagen dieses Systems beseitigt

Solidarität mit den KurdInnen

Von solchen mittelfristigen Zielen sind wir bisher noch sehr weit entfernt - Solidarnetze gibt es bisher nur in den Strukturen der MigrantInnen selbst.
Nicht nur im "Austausch", sondern im praktisch-solidarischen Verhalten werden sich unsere Kontakte zu Kurdinnen entwickeln und können Fäden zu diesen Netzen gesponnen und geknüpft werden.
Der Krieg in Kurdistan hat zu einer Verschärfung nationalistischer Abgrenzungen der Menschen verschiedener Herkunft in der Türkei und auch hier beigetragen. Im Zusammenkommen von kurdischen, türkischen und deutschen Frauen müssen wir darum kämpfen, diese Barrieren zu überwinden.

Ansätze für kritische praktische Solidarität können wir in den verschiedensten Formen von öffentlichen und subversiven Protest- und Aktionsformen umsetzen:

für das Bleiberecht für ALLE: Aktionen zur Behinderung der staatlichen rassistischen Politik, gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste, dafür Verantwortliche aus dem Schutz ihrer Anonymität reißen

- daran sich bereichernde Firmen angreifen

Aktionen gegen Rassisten, Faschisten, Sexisten und Ausbeuter illegalisierter Billigstarbeit in der Bevölkerung (auch Frauen!)

Soliaktionen gegen das Verbot der PKK und kurdischer Vereine. Praktisch alle Solidarnetze der KurdInnen sind von der Zerschlagung durch die bundesdeutsche Repression zusammen mit dem Parteiverbot betroffen. Für die ungehinderte und selbstbestimmte Organisierung der MigrantInnen

Tourismus ist eine moderne Form kolonialer Ausbeutung. Die Tourismusindustrie wirbt auch dieses Jahr wieder besonders für das "Reiseland Türkei 95". Aktionen zur Forderung "Kein Tourismus in die Türkei" verbinden wir jedoch mit dem Ziel, die dicken Geschäfte der BRD-Konzerne zu behindern und nicht kleine türkische Reisebüros anzugreifen. Das Schweigen der PKK zu den gegen türkische MigrantInnen gerichteten Aktionen in diesem Frühjahr begünstigt die weitere rassistische und nationalistische Formierung in der BRD-Gesellschaft, insbesondere zwischen KurdInnen und TürkInnen. Das steht unseren Zielsetzungen grundsätzlich entgegen.

die ökonomische und politische Zusammenarbeit zwischen BRD und Türkei behindern, von öffentlichem Protest bis zu Aktionen, die Firmen und PolitikerInnen für ihre blutigen Geschäfte zur Verantwortung ziehen

Lürssen ist eine mittelständische Firma, die zu 100% im Kriegsschiffbau verdient. Z.Zt. baut Lürssen für das türkische Regime ein mit Flugkörpern und Schnellfeuergeschützen bewaffnetes "Flugkörperschnellboot". Es gehört zu einem Paket von 3 Lürssen-Schnellbooten Marke "Dogan", zwei davon werden in der türkischen Marinewerft Tazkisac produziert. Die Finanzierung der drei Kriegsschiffe - über BRD-Hermesbürgschaft - beträgt 400 Millionen DM. Spätestens seit 1987 floriert für Lürssen das Geschäft mit dem vom BRD-Staat gesponserten türkischen Militär, denn seitdem wurden entweder in Tazkisac oder in der Lürssen-Werft 10 Dogan-Kriegsschiffe fertiggestellt.
Lürssen liefert neben Kriegsschiffen an Regime weltweit alles, was zu deren eigener militärischer Produktion nötig ist: Konstruktionspläne, Lizenzen, Know-How, Ausbildung bis hin zu ganzen Werftanlagen. Über 130 Schiffe wurden in den letzten Jahrzehnten nach Lürssens Plänen und Lizenzen gebaut. "Die Lürssen-Werft hat mehr Kriegsschiffe in mehr Länder dieser Welt geliefert und mehr Menschen auf Kriegsschiffen ausgebildet als jede andere Werft der Welt", so ein Lürssen-Firmensprecher auf der Rüstungsmesse 1994 in Malaysia.
Schon mehrmals geriet das mörderische Geschäft von Lürssen durch Veröffentlichungen oder Protestaktionen gegen den Rüstungsexport in die öffentliche Kritik, zuletzt mit einer symbolischen Blockade-Aktion Ende 1994 aufgrund seiner Kriegswaffenlieferungen an das Militärregime in Indonesien.
Während seit einigen Jahren eine öffentliche Kampagne zur Einstellung der bundesdeutschen Militär- und Wirtschaftshilfe den Druck gegen ein paar große Türkei-Rüstungslieferanten verstärken konnte, versucht Lürssen in aller Stille seine Geschäfte abzuwickeln. Das soll ihm nicht gelingen!

Lürssen raus aus dem mörderischen Geschäft mit dem türkischen Regime !

Keine militärischen Geschäfte mit der Türkei
Keine Finanzierung der deutschen Rüstungsindustrie durch das BRD-Reigime
Schluß mit jeder BRD-Rüstungs- und Wirtschafts"hilfe" für das türkische Regime

Kein Tourismus in die Türkei (anderswohin auch nicht)
Weg mit dem PKK-Verbot und der Verfolgung kurdischer Vereine

Bleiberecht für alle KurdInnen (und alle anderen hierher geflüchteten und eingewanderten Menschen)
Kampf dem "Ausländerrecht" und allen anderen Gesetzen, die Diskriminierung von Menschen festschreiben und so Ausbeutung und Gewalt Tür und Tor öffnen
Anerkennung eigener Fluchtgründe und eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen

Für eine praktische Solidarität mit dem Widerstand der Frauen in Kurdistan und der kurdischen MigrantInnen hier

Gegen Nationalismus, für internationale Frauenbande und -banden !



Gülnaz Baghistani ist unsterblich!

- Aufruf zum Trauermarsch -

Am Donnerstag, dem 27. Juli 1995, starb in Berlin die 41jährige Kurdin Gülnaz Baghistani. Die Verantwortung für den Tod von Gülnaz Baghistani trägt die Bundesregierung, die mit ihrer Verbotspolitik gegen kurdische Vereine und Organisationen den Boden bereitet hat für die Verfolgung und Kriminalisierung der hier lebenden Kurdinnen und Kurden. Am 26. Juli hatte die Polizei den Hungerstreik von 200 KurdInnen, unter denen sich auch Gülnaz Baghistani befand, am Breitscheidplatz gewaltsam aufgelöst. Die Hungerstreikenden waren gezwungen, eine acht Kilometer lange Strecke bis zum Navca Kurd in der Zossener Straße zu marschieren, um dort ihre Aktion fortsetzen zu können. Jede medizinische Versorgung der geschwächten TeilnehmerInnen wurde durch die Einkesselung durch die Sondereinsatzkommandos der Polizei verhindert. An den Folgen der Angriffe durch die Polizei und der Anstrengungen durch den Marsch ist Gülnaz Baghistani gestorben.

Seit dem 14. Juli 1995 befinden sich in der Türkei und in Kurdistan 10.000 kurdische Kriegsgefangene für die Menschenrechte und für eine politische Lösung in Kurdistan im Hungerstreik. Zahlreiche Kurdinnen und Kurden außerhalb der Gefängnisse haben sich diesem angeschlossen.

Am 24. Juli starb in Yozgat der hungerstreikende PKK-Kriegsgefangene Fesih Beyazcicek, weil ihm trotz schwerer Erkrankung die zeitige medizinische Hilfeleistung verweigert wurde.

Entgegen aller Prognosen wurden die Solidaritätshungerstreiks außerhalb der Gefängnisse in der Türkei und in Kurdistan bis zum jetzigen Zeitpunkt von den türkischen "Sicherheitskräften" nicht überfallen. Dagegen hat die Polizei in der Bundesrepublik vom ersten Tag des Hungerstreiks an versucht, die Protestaktionen in Berlin und Frankfurt anzugreifen und zu kriminalisieren. So wurden zahlreiche Bücher und Publikationen, mit denen die Menschen in der Bundesrepublik über den Völkermord in Kurdistan und die deutsche Beteiligung an diesem informiert werden sollten, von der Polizei beschlagnahmt. Diese Versuche, die Information der internationalen Öffentlichkeit über den schmutzigen Krieg in Kurdistan zu unterdrücken, waren begleitet von zahlreichen anderen Provokationen durch die Polizei, wie Festnahmen und rassistischen Beschimpfungen der Hungerstreikenden.

Am 26. Juli wurde der Hungerstreik in Berlin und am 27. Juli der in Frankfurt von der Polizei überfallen und aufgelöst. Damit hat die Bundesregierung erneut gezeigt, daß sie jede kurdische Lebensäußerung mit Gewalt unterdrücken will und daß sie bedingungslos hinter dem Regime in Ankara steht. In der Bundesrepublik soll jede Stimme gegen den Völkermord in Kurdistan zum Schweigen gebracht werden.

Die Bundesregierung macht sich mit dieser Vorgehensweise zu einem Hauptstörfaktor auf dem Weg zu einer politischen Lösung des Konfliktes in Kurdistan. Sie hat den KurdInnen den Kampf angesagt; nicht zuletzt um mit dem Krieg in Kurdistan weiter ihre schmutzigen Waffengeschäfte betreiben zu können und ihre anderen agilen wirtschaftlichen und militärischen Interessen in der Region durchzusetzen.

Die Bundesregierung sollte von ihrer Position des Kriegstreibers abrücken und einen Beitrag leisten zu einer politischen Lösung in Kurdistan, anstatt den Konflikt in Kurdistan und in der Bundesrepublik weiter anzuheizen.

Die Hungerstreikenden fordern:

1. **Die internationale Öffentlichkeit wird dazu aufgerufen, die Erklärungen des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, zu einem politischen Dialog als den ersten Schritt zu einer politischen Lösung anzuerkennen und zu unterstützen**
2. **Die Einhaltung und Überwachung der in der Genfer Konvention niedergelegten Schutzregeln für Kombattanten in Kurdistan zu sichern**
3. **Die Beendigung der Morde an Zivilisten, der Massenhinrichtungen, der Folter in den Gefängnissen und des Niederbrennens von Siedlungen**
4. **Die Anerkennung aller politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen als offizielle Kriegsgefangene**
5. **Die Beendigung aller militärischen Operationen, die auf die Vernichtung unseres Volkes abzielen**
6. **Die Entsendung von Delegationen unter der Aufsicht der UN und des Internationalen Roten Kreuzes nach Kurdistan, um vor Ort den Kriegszustand und die Haftbedingungen in den Gefängnissen zu beobachten**

Desweiteren fordern wir:

7. **Die europäischen Staaten, insbesondere die Bundesrepublik, müssen ihre Angriffe und Verhaftungen beenden und die Verbote aufheben**
8. **Die Freilassung des ohne Grund in Großbritannien inhaftierten Kani Yilmaz und keine Auslieferung in die Bundesrepublik**
9. **Die Freilassung der in Deutschland und Frankreich inhaftierten Kurden**

Fesih Beyazcicek und Gülnaz Baghistani sind unsterblich!
Sie leben weiter im Kampf des kurdischen Volkes um sein legitimes Recht auf Selbstbestimmung!

"Wenn sie nicht gehen, dann brech' ich Ihren Arm ..."

(Zitat eines USK-Beamten, nachdem er einen Platzverweis erteilt hat)

Am Sonntag, den 2. Juli sollte in München eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag eines von islamischen Fundamentalisten in Sivas verübten Massakers an 35 Menschen stattfinden. Die Veranstaltung wurde bereits im Vorfeld von KVR-Chef Uhl mit der Begründung verboten, sie wäre von der P.K.K. (Partiya Karkeren Kurdistan, Kurdische Arbeiterpartei) organisiert. Gleichzeitig wurde über ganz München ein Versammlungsverbot von 0 bis 24 Uhr für alle Veranstaltungen mit ähnlicher Thematik verhängt. Seit dem sogenannten "P.K.K.-Verbot" werden in der BRD fast sämtliche kurdischen Veranstaltungen mit genau dieser Begründung verhindert. Dabei reicht einfach die Behauptung der Behörden aus, um kurdischen Menschen jede Möglichkeit zu nehmen, sich politisch oder auch kulturell zu betätigen. Diese Praxis - besonders in Bayern - ist der verlängerte Arm der faschistischen Politik der türkischen Regierung, die mit dem sogenannten "Anti-Separatismus-Paragraphen" jegliche Äußerungen zum Thema Kurdistan, selbst die Erwähnung der Existenz des kurdischen Volkes, mit allen Mitteln verfolgt.

Tatsächlich äußerte sich diese Linie heute in einem de-facto-Ausnahmezustand über München. Ein massives Polizeiaufgebot sollte dies durchsetzen. So war das Gelände um den Veranstaltungsort von mehreren Hundertschaften Unterstützungssonderkommando (USK) hermetisch abgeriegelt. Auf der Schleißheimer Straße wurden in beiden Richtungen sämtliche Autos kontrolliert und gezielt Menschen, die ausländisch aussehen, zur Umkehr gezwungen. Schon dort gab es die ersten Festnahmen durch die Polizei.

Nachdem den kurdischen Menschen ihre völlig berechtigte Gedenkveranstaltung verboten wurde, trafen sich einige alevitische, kurdische und andere Menschen im Kurdischen Elternverein am Goetheplatz. Daraufhin wurde, obwohl es sich in geschlossenen Vereinsräumen nicht um eine öffentliche Versammlung handelt, kurzerhand der ganze Häuserblock durch die Polizei-Einsatzleitung zum "Veranstaltungsort" erklärt. So konnten alle Menschen, die sich dort aufhielten, zu "Straftätern" erklärt werden. Der kurdische Elternverein wurde eine zeitlang umzingelt, und alle Menschen, die das Haus verlassen wollten, mußten sich einer Personalienfeststellung unterziehen. Dabei wurden von allen Personen Einzelaufnahmen mit einer Sofortbild-Kamera gemacht.

In der Innenstadt waren zeitweise, vor allem am frühen Abend, fast in jeder Seitenstraße mindestens je drei Mannschaftswagen, insgesamt also mehrere Hundertschaften Polizei im Einsatz. Der Stachus wurde mit Sperrgittern fast vollständig abgeriegelt. Im Zuge dieser sonntäglichen Repressionsmaßnahmen wurden bei mindestens 27 Menschen die Personalien festgestellt (wie oben erwähnt mit Fotos !) und mindestens weitere 8 Personen fest-genommen.

An diesem Tage zeigte sich wieder einmal mehr die Entwicklung in diesem Staat, die zu immer mehr Einschränkungen von Grundrechten führt. So wurde hier in München ohne große Proteste das Recht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt. Versammlungsverbote wie heute sind immer öfter der Umgang des Staates mit öffentlicher Opposition, so geschehen in München im April 1994 beim Prozeß gegen die Besetzer des türkischen Generalkonsulates, am "Tag der deutschen Einheit" (3.10.94, Bremen), während des EU-Gipfels im Dezember in Essen - diese Liste läßt sich durchaus fortsetzen.

Um derartigen Willkürmaßnahmen rechtzeitig und wirksam entgegentreten zu können, bedarf es auch der deutschen Öffentlichkeit. Denn wer glaubt, daß diese Entwicklung nur eine Minderheit betrifft, wird bald erkennen müssen, daß hier in unser aller Grundrechte massiv eingegriffen wird.

Wir fordern daher dazu auf, öffentlich Stellung zu beziehen und gegen solche Vorgehensweisen und die dahinterstehende Politik auf das Schärfste zu protestieren.

Ermittlungsausschuß (EA) München, 2. Juli 1995

Ermittlungsausschuß
c/o Infoladen
Breisacher Str. 12
81667 München
Fax: 480 20 06
Tel.: 448 96 38 (Mittwochs von 18:00 bis 19:00)

Kurzmeldung

Wie euch ja sicherlich noch in Erinnerung ist, gab es vor nunmehr fast 2 Jahren einen ungehinderten Aufmarsch von ca. 500 Rechtsradikalen in Fulda. Jetzt erst, nach 2 Jahren, in denen der Aufmarsch keinerlei Konsequenzen für die Faschos hatte, erhebt die Staatsanwaltschaft Fulda Anklage gegen Christian Worch und Dirk Winkel. Worch wird beschuldigt „die Versammlung wesentlich anders durchgeführt zu haben, als sie bei der Stadt Fulda angemeldet worden war" (Fuldaer Zeitung vom 7.Juni 1995). Dirk Winkel wird Beihilfe vorgeworfen, „indem er sechs Tage vor dem Aufmarsch bei der Stadt Fulda unter unzutreffenden Angaben den Antrag zur Durchführung der Veranstaltung gestellt hat" (Fuldaer Zeitung vom 7.Juni 1995).

Dies zeigt wieder einmal mehr als deutlich, daß es der Staatsanwaltschaft nicht darum geht, die unter Polizeischutz aufmarschierten Faschos aufgrund der offensichtlichen Straftaten zu belangen, sondern daß bei dem voraussichtlich im Sept./Okt. 1995 stattfindenden Prozeß das Geschehene auf eine Bagatelle reduziert werden soll.

Wir sind uns zur Zeit noch nicht im Klaren darüber, wie wir uns zu diesem Prozeß verhalten wollen und verfügen über sehr wenig Informationen.

Wir hoffen aber auf das Interesse anderer Gruppen (und Menschen), die sich dazu verhalten wollen. Zu vermuten ist, daß am Prozeßtag einige Faschos anreisen werden, die die unterstützen Angeklagten wollen. Falls jemand zu der Sache Genaueres weiß oder wir demnächst Näheres wissen, folgende Kontaktadresse:

antifaschistisches-antirassistisches Infotelefon Fulda: 0661/66213

…rroristen sind die, die Abschiebeknäste bauen, …cht die, die sie in die Luft sprengen!!

Stoppt die rassistische Asyl- und Abschiebepolitik des deutschen Staates!

Wir haben in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, den 20./21. Juli 95 mehrere voluminöse Feuermischungen auf einem Lagerplatz der Firma Kuthe Arnold Bauges. mbH & Co KG in der Eisnerstraße deponiert und hoffen, daß möglichst viele Gerätschaften den Flammen geopfert wurden.

Die Firma Kuthe ist ebenso wie die Firma Allround Rüstungen und Dachbau GmbH, die wir letzten Monat beehrten, am Bau des Abschiebeknastes in Berlin-Grünau beteiligt und ist damit mitverantwortlich für die Einknastung von Tausenden von Flüchtlingen sowie deren anschließender Abschiebung in Krieg, Folter, Knast, Armut und Tod.

Der Abschiebeknast in Grünau soll nach seiner Fertigstellung rund 400 Plätze haben. Das einzige "Verbrechen", das die Menschen begangen haben, die hier für Wochen und Monate eingeknastet werden, ist auf der Flucht vor Hunger, Krieg, Folter, Elend, Vergewaltigung, Verfolgung oder aus anderen Gründen in die BRD eingereist zu sein. Diese Tatsachen sind ja mittlerweile hinreichend bekannt. Trotzdem kennen KUTHE und ALLROUND keine Skrupel, sich an dieser mörderischen Maschinerie zu beteiligen. Wir hoffen, daß der materielle Schaden, den wir herbeigeführt haben, den blutigen Gewinn dieser Firmen am Bau des Knastes Grünau erheblich schmälert.

KUTHE und ALLROUND haben übrigens noch viele Baustellen überall in der Stadt, die auf flammenden Besuch warten. Zur Inormation teilen wir hier auch nochmal die Adressen mit:
KUTHE: Brunsbüttler Damm 120 und Egelpfuhl 44 in Spandau sowie der Lagerplatz in der Eisnerstr.
ALLROOUND: Grenzallee 44 in Neukölln und Niebuhrstr. 72 in Charlottenburg

Am schönsten hätten wir natürlich die vollständige Sprengung des Abschiebeknastes in Grünau gefunden, doch diese hat offenbar nicht hingehauen. An dieser Stelle nochmals solidarische Grüße an das K.O.M.I.T.E.E.!!

Offene Grenzen für alle!!!
Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf!!!
Viele Grüße und alles Gute an Bernhard, Thomas und Peter!!!
Sofortige Freilassung von Werner, Ralf, Rainer, Andreas, Ulf und natürlich von Mumia Abu-Jamal!!!
Lebt und lest Radikal!!!

Berlin, 17./18. Juli 1995

Tschüß bis bald
Das K:O:L:L:E:K:T:I:V:

Neues von den Ermittlungen zum: K.O.M.I.T.E.E.

Bei den Ermittlungen im Zusammenhang mit dem sogenannten K.O.M.I.T.E.E. ist es in Berlin zu den ersten Zeugenvorladungen gekommen, zunächst zur „politischen Polizei".
In den letzten Wochen haben einige Personen Briefe mit „Bitte um Vorsprache" vom Staatsschutz erhalten, z.T. ohne Benennung des Zusammenhangs mit einem Verfahren. Es handelte sich dabei nicht um Vorladungen als ZeugInnen oder Beschuldigte, sondern lediglich um Einladungen zu einem „informellen Gespräch". Bei einigen Personen rief Herr Kastler vom LKA/Staatsschutz persönlich zu Hause an und bat um Rückruf. In der darauffolgenden Zeit erfolgten schriftliche Anfragen nach Rückruf und Vorsprachen beim Staatsschutz. Die betroffenen Personen haben die Termine nicht wahrgenommen und sich auch am Telefon auf keine Gespräche eingelassen. Vor zwei Wochen erhielten zwei der betroffenen Personen Vorladungen als Zeugen beim Staatsschutz, unter Benennung des laufenden Ermittlungsverfahrens.
Diesen jetzt bereits verfallenen Terminen muß niemand Folge leisten, d.h. also es gibt keine Erscheinungspflicht. Der Staatsschutz kann aber sein „Ermittlungsinteresse" weiterleiten und es kann zu Vorladungen zur Staatsanwaltschaft kommen. Wie vor kurzem im RADIKAL-Verfahren in Bremen und Köln geschehen, können diese konstruierten „ZeugInnen" zum Erscheinen gezwungen werden. Ziel der Staatsanwaltschaft ist es dann, Aussagen zu erpressen. Bei Aussageverweigerung kann die Staatsanwaltschaft in Anwesenheit eines Ermittlungsrichters (wie in Bremen und Köln) Zwangsgelder und Beugehaft beantragen. Die Erfahrung aus früheren Verfahren zeigt, daß der Ermittlungsrichter meistens den Anträgen zustimmt, um die Leute einzuschüchtern, mürbe zu machen, in der Hoffnung, dadurch doch an „Informationen" zu gelangen. Sind die Zwangsmittel („Ordnungsgeld" und Beugehaft bis zu max. 6 Monaten !) ausgeschöpft, können sie nicht noch ein zweites Mal gegen die gleichen Personen in diesem Verfahren angewandt werden !

Für uns ist klar, daß wir uns einer Situation wie einer staatsanwaltlichen Vernehmung nicht unvorbereitet aussetzen, denn für die Staatsbüttel ist es ihr Job, Leute zum Reden zu bringen. Die oft stundenlangen Vernehmungsversuche beginnen jedesmal mit einem versuchten feuchten Händedruck (Merke: Tausche nie Deinen Schweiß mit dem eines Staatsanwalts !) und dann häufig mit Belanglosigkeiten wie kulinarischen Angeboten (Kaffee oder Zigaretten), streifen die aktuelle Wetterlage oder vergangene Urlaubserlebnisse und münden aber in Fragen, deren konkreter „Ermittlungsgehalt" für die Betroffenen nicht immer sofort durchschaubar ist.
Auch uns ist bewußt, daß eine Zwangssituation wie die staatsanwaltschaftliche Vernehmung und die Androhung von Beugehaft nicht alltäglich ist, wir also Ängste und Unsicherheiten bei der Diskussion um Aussageverweigerung nicht unter den Tische kehren dürfen. Aber wir werden alles dafür tun, daß ihre Ermittlungen ein „Schlag ins Wasser" werden !
Ihr hört von uns !

Ich soll ?
Ich muß ?
Doch will ich nicht nach jener Herrn Vergnügen.
Ich tu nicht, was ein Richter spricht.
Rebellinnen kennen bessre Pflicht.
Sich fügen heißt lügen !

Erich Mühsam

Vorgetragen von einer Freundin und Genossin, die mit zwei anderen „ZeugInnen" eines §129a-Prozesses im Februar 1988 in Berlin in Beugehaft saß

Bundesanwaltschaft gegen »K.O.M.I.T.E.E.«: Der Stand der Dinge

Die Chronologie der Ereignisse

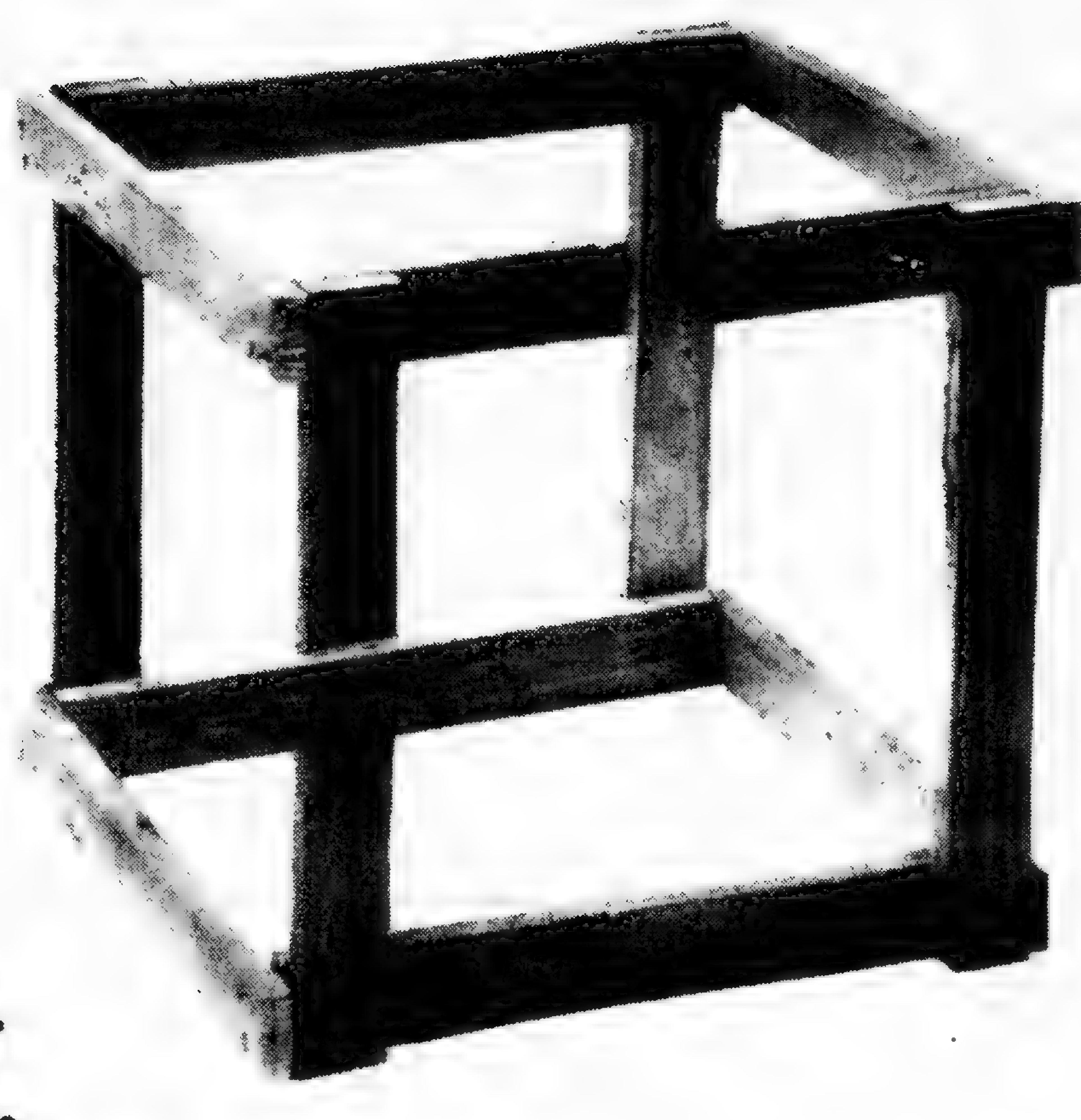
Am 27.10.94
brannte in Bad Freienwalde ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr.
Zu dieser Aktion bekannte sich »DAS K.O.M.I.T.E.E.«, das in einer Erklärung dazu die deutsche Unterstützung der Türkei im Krieg in Kurdistan angriff.

Am 11.4.95
entdeckte ein Streifenwagen frühmorgens in Grünau (Berlin-Köpenick) auf einem Parkplatz zwei verdächtige Fahrzeuge, die offenbar verlassen waren. Es handelte sich um einen Pkw und einen Lieferwagen, In den beiden Fahrzeugen fanden die Bullen nach eigenen Angaben folgende Dinge: Eine einsatzbereite selbstgebaute Bombe mit 120 kg Sprengstoff; Warnschilder, in denen »DAS K.O.M.I.T.E.E.« die Sprengung der nahegelegenen Knast-Baustelle ankündigt; persönliche Papiere, darunter Ausweise; Autokennzeichen.
Aufgrund dieser gefundenen Sachen wurde die Fahndung nach vier Personen eingeleitet: Bernhard H., Thomas W., Peter K. und dessen Schwester. Peters Schwester ist die Halterin des Pkws. Sie stellte sich kurz danach in Begleitung ihrer Anwältin. Sie wurde freigelassen, einige Wochen später verhaftet und dann nach einem Haftprüfungstermin wieder freigelassen. Die anderen drei Gesuchten sind erstmal untergetaucht.
Die Bullen entwickelten in den Tagen nach dem 11.4. verschiedene Aktivitäten. Neben den Durchsuchungen von Meldeadressen und vermuteten Aufenthaltsorten der direkt Beschuldigten erschienen sie auch bei deren Eltern und bei vermeintlichen FreundInnen zu Befragungen. Einen Hof in Neutrebbin, wo zwei der Beschuldigten zeitweise lebten, durchsuchten sie zweimal gründlich. Bei der Autovermietung »Autos und Weine« in Berlin beschlagnahmten sie die Mietunterlagen für das Jahr 1994, da der gefundene Ford Transit, der dieser Vermietung gehörte, angeblich keine Einbruchspuren aufgewiesen habe.

Am 13.6.95
wurden im Zuge der Razzia gegen die Zeitung »radikal« auch Wohnungen durchsucht, die mit dem »K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren« in Verbindung gebracht werden. Die Beschlüsse richteten sich vor allem gegen drei Personen, denen die Bundesanwaltschaft (BAW) eine Verwicklung in die Aktivitäten des K.O.M.I.T.E.E. anhängen will, aufgrund persönlicher Kontakte zu Beschuldigten, ohne sie derzeit direkt der Mitgliedschaft oder Unterstützung zu beschuldigen. Im Fall des durchsuchten Hauses in der Manteuffelstr. kam dazu noch der angebliche Verdacht, ein Gesuchter könne sich im Haus versteckt halten. Diese Begründung mußte auch herhalten für die Durchsuchung eines Hofes in einem Ort in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 20.6.95
drangen die Bullen bei den Nachbarn des erwähnten Hofes in Neutrebbin ein und begründeten dies mit angeblicher persönlicher Nähe der dort Wohnenden zu den Gesuchten.

Soweit der einfache Teil:
Die Aufzählung der wichtigen Ereignisse.



Die Mühen der öffentlichen Ebenen

Seit langerem schon fragen manche sich und andere, warum es von Seiten der Betroffenen kaum offentliche Stellungnahmen zu all dem gibt.
Dieser Text ist eine Stellungnahme von Betroffenen – wir sind dies durch unsere personliche Verbundenheit mit den Beschuldigten, durch Razzien, oder dadurch, daß wir von den Sicherheitsbehörden irgendwie mit den Verfolgten in Verbindung gebracht werden.
Der 11.4.95 war ein krasser Einschnitt in das Leben der Beschuldigten. Doch auch viele Frauen und Manner drumherum hat der Schock ziemlich getroffen. Viele Alltaglichkeiten gerieten durcheinander, und in der ersten Phase, wo es außer der allmachtig erscheinenden Repressionsdrohung kaum etwas zu geben schien, schon gar keine genauen Informationen, dauerte jeder Schritt und jede Klarung dreimal so lange als sonst. Auch jetzt ist die Situation offen: Wird es noch mehr Beschuldigte geben? Wird die BAW das Konzept der Geiselhaft gegen Leute durchziehen? Wird es weitere Durchsuchungen geben? In den ersten Wochen stand für uns an erster Stelle die Notwendigkeit, das eigene Leben geregelt zu kriegen und Vorbereitungen zu treffen fur das, was evtl. noch kommen konnte. Einige Leute hat das viel Kraft gekostet, obwohl es eigentlich weitgehend »nur« um Dinge des Alltags ging, die durch den BAW-Terror durcheinandergekommen waren.
Es darf dabei auch nicht vergessen werden, daß es ein erheblicher Unterschied ist, ob Leute im Knast sitzen oder auf der Flucht sind. Die Menschen, die in vergleichbaren Situationen, wie z.B. im Fall Kaindl, gearbeitet haben, werden sicher dieselbe Erfahrung gemacht haben: Die Repressionsdrohung wird unkalkulierbarer, und das Beobachtungs- und Verfolgungsinteresse der Bullen gegen das vermutete Umfeld der Untergetauchten ist groß. Es gibt plötzlich sehr viele Eventualitäten,

und Ungenauigkeiten im bisherigen Zusammenleben rächen sich. Bei allem, was veröffentlicht wird, und sei es eine banale politische Stellungnahme oder eine Chronologie, muß noch einmal doppelt so genau darauf geachtet werden, was es für Folgen hat oder haben könnte. Jede Veröffentlichung könnte die Gesamtsituation stärker festlegen und die Entscheidungsmöglichkeiten für die Verfolgten einengen.

Ein weiterer Grund ist, daß wir lange brauchten, um einigermaßen Klarheit darüber zu bekommen, wie ein öffentlicher Umgang mit der ganzen Sache aussehen könnte; wozu wir etwas sagen können oder wollen und wozu nicht. Ein bißchen haben wir dabei auch darauf gewartet, daß es eine Stellungnahme der Beschuldigten selbst gibt. Wir müssen aber insgesamt selbstkritisch feststellen: Trotz dieser Probleme hätten wir schneller öffentlich reagieren können. wenn wir uns mehr dahintergeklemmt hätten.

Es scheint so, als ob manche (oder viele?) um uns herum eine abwartende Haltung haben und erst mal sehen wollen, was für eine Stellungnahme kommt, bevor sie eine eigene Position beziehen oder gar aktiv etwas zu der Sache machen. Wir finden das teilweise richtig, nämlich soweit es das Verhalten zu den direkt Betroffenen und Spekulationen drumherum betrifft. Politisch hätte aber durchaus auch von anderen mehr passieren können – zumindest von denen, die die politische Stoßrichtung der gescheiterten Aktion gut finden und/oder denen die aktuelle Repressionswelle nicht egal ist.

Letztlich haben wir durch unsere Trägheit im öffentlichen Verhalten dazu beigetragen, daß eine eher defensive Stimmung entstanden ist. Es entstehen Gerüchte und Spekulationen, weil manche den Eindruck haben, es werde aus irgendwelchen Gründen gemauert und Heimlichtuerei betrieben.

Wir können hier nicht versprechen, daß jetzt alles ganz anders wird – dazu reichen weder unsere Kräfte noch scheint die aktuelle politische Situation das zu tragen. Wir werden uns aber bemühen, gerade im Zusammenhang mit dem, was zur 13.6.-Razzia und den Verhaftungen läuft, präsent zu sein.

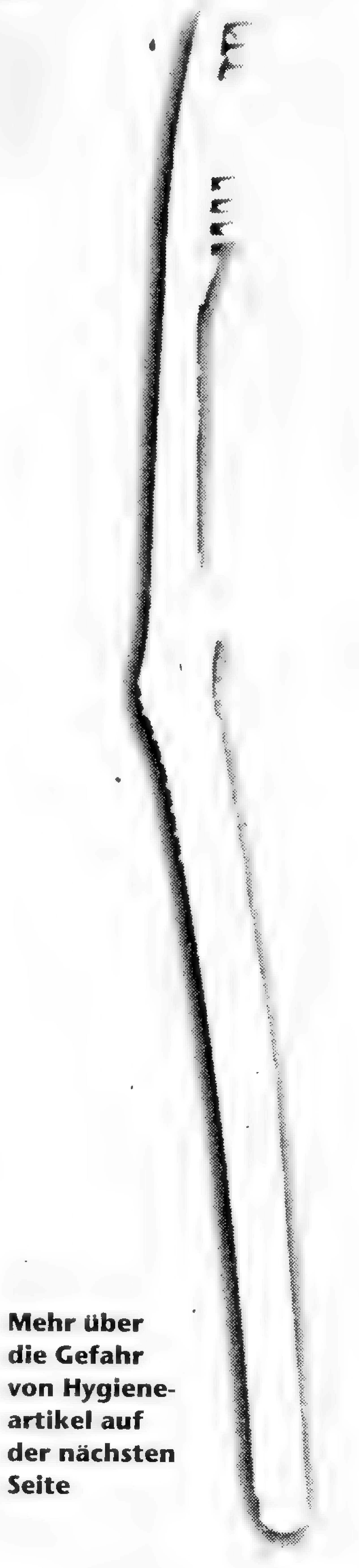
Es gibt noch einen dritten Grund, der eine öffentliche Stellungnahme sehr erschwert und teilweise ganz verhindert hat, und das ist die prekäre Lage der vierten Beschuldigten, die zeitweise von der BAW eingeknastet worden war. Ihr persönliches Bedürfnis war und ist, es solle möglichst wenig öffentlicher (auch szeneöffentlicher) Wirbel insbesondere um ihre Person gemacht werden. Sie möchte weder von irgendwem politisch vereinnahmt noch in irgendeinen Tratsch hineingezogen werden. Wir hatten dieses Bedürfnis zu respektieren, wobei wir der Meinung sind, es wäre besser gewesen, diese Situation so auch öffentlich zu benennen.

Wir wollen auch noch kurz was sagen zu Spekulationen und dem Text des S.O.L.I.K.O.M.I.T.E.E.s. Die Kritik am zu zaghaften Umgang mit der Situation haben wir bereits angenommen. Neben guten Gründen für die Zurückhaltung gab es eben wirklich auch schlechte. Den Umgang der »Interim« fanden wir aber insofern korrekt, als die Interim-Leute sicher nicht oder kaum einschätzen konnten, inwieweit sie durch eine Veröffentlichung an der Spekulations-Schraube mitdrehen und welche Interessen dadurch verletzt werden.

Wir finden es aber auch wichtig, Gerüchten entgegenzutreten, in Grünau sei irgendwie Verrat am Werk gewesen oder das alles sei von den Bullen inszeniert. Es gibt dafür keinerlei Indizien. Im Gegenteil, der bisherige Verlauf des Verfahrens (das anfängliche Durcheinander bei den Bullen, die magere Beweislage u.a.) bringt uns zu dem Schluß, daß die Polizeistreife in Grünau zufällig und unvorbereitet auf die zwei Autos gestoßen ist.

Eine »Manöver«-Kritik an dem, was in Grünau passiert ist, finden wir allerdings zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig. Wir gehen davon aus, daß diejenigen, die dort waren, ihre Fehler kennen und sich damit auseinandersetzen. Wir als Außenstehende können wenig dazu sagen. Vielen, die die bisherigen Veröffentlichungen gelesen haben, werden bestimmte Fragen auch zu Details haben. Solange aber niemand dasteht und sich dazu bekennt, in der fraglichen Nacht in Grünau gewesen zu sein, werden solche Spekulationen immer auf die Beschuldigten zurückfallen und von der BAW ausgenutzt werden.

Eine öffentliche kritische Auseinandersetzung sollte unserer Meinung nach anderswo ansetzen, nämlich im politischen Bereich. Das kann sowohl bedeuten, Fragen an die militanten Kleingruppen zu stellen: wie genau geht ihr mit eurer Verantwortung um (Beispiel AIZ), wie entstehen eure politischen Analysen, usw.; als auch: welchen politischen Rahmen haben militante Aktionen zur Zeit überhaupt, welche Perspektive gehört dazu?



Mehr über die Gefahr von Hygieneartikel auf der nächsten Seite



Die Beweisschleife der M.C. Fischer

Die drei ???

Gerne würden wir hier mehr zur Situation der drei Gesuchten sagen, aber das müssen sie wohl selber tun. Wir wünschen ihnen von hier aus alles Gute.
Zum Ermittlungsverfahren ist zu aller erst zu sagen: Es spielt selbstverständlich für unseren Umgang mit den Beschuldigten überhaupt keine Rolle, ob jemand von ihnen am 11.4.95 in Grünau war oder nicht. Trotzdem finden wir es wichtig, das juristische Verfahren möglichst gut zu überblicken, wenn nötig auch auf dieser Ebene zu agieren und das Ganze einigermaßen erfolgreich rumzukriegen. Es ist für uns keineswegs eine klare Sache, daß die drei Abgetauchten für immer oder auch für viele Jahre weg sind. Wir sehen die Situation als noch zu offen an, um so etwas eindeutig sagen zu können. Wir haben deshalb auch Schwierigkeiten mit z.B einem Ende Juni veröffentlichten Text, der – obwohl klar gut gemeint – stellenweise eher wie ein Nachruf klingt. Wir wollen uns unsere drei Freunde nicht so einfach aus der hiesigen Realität streichen lassen!
Es ist derzeit schwierig, einzuschätzen, worauf das ganze Verfahren hinausläuft. Es gibt keine Akteneinsicht, was bei Verfahren nach §129a sozusagen normal ist. Die BAW führt allem Anschein nach bisher gegen vier Personen Ermittlungsverfahren, hat sich aber alles so zurechtgelegt, daß mindestens noch drei weitere Personen je nach Bedarf als Zeugen oder als weitere Beschuldigte in das Verfahren hineingezogen werden können.
Das wird deutlich an den Durchsuchungsbeschlüssen zum 13.6., ausgestellt am 2.6.95. In den Beschlüssen wird zuerst eine allgemeine Beschreibung des Tatvorwurfes gegeben. Dann wird versucht, anhand von ein paar Details mehreren Personen enge persönliche Beziehungen zu wenigstens einem der Beschuldigten nachzuweisen und darüber ihre »Einbindung« in Anschlags-Vor-

bereitungen zu unterstellen – nach dem Motto: Wer befreundet ist, bastelt auch zusammen Bomben.
Als ob das nicht schon abwegig genug wäre, findet sich in allen Beschlüssen ein Absatz, der zusammenhanglos, teils schon sinnentstellend, mitten in die Ausführungen zu den einzelnen Personen hineingepflanzt wurde. Darin heißt es: »Bei einer Durchsuchung des Gehöfts in Neutrebbin konnten rote Farbflecke mit Abschattungen festgestellt werden, die nach Umriß und Größe bei dem Besprühen einer Seifendose mit roter Farbe hervorgerufen (worden) sein könnten. Bei der in Bad Freienwalde verwendeten Sprengvorrichtung befand sich die Zündeinrichtung in einer rot besprühten Seifendose. Es besteht der Verdacht, daß diese Seifendose auf dem Anwesen in Neutrebbin besprüht worden ist.«
Diese Aneinanderreihung von Verdachtsmomenten und Möglichkeiten wird benötigt, um eine dauerhafte »terroristische Vereinigung« der Beschuldigten juristisch zu konstruieren – ohne diese §129a-Konstruktion verliert die BAW einen großen Teil ihrer Möglichkeiten, Terror auszuüben. Ohne Seifendosen-These keine Verbindung zwischen K.O.M.I.T.E.E. 1994 und Neutrebbin.

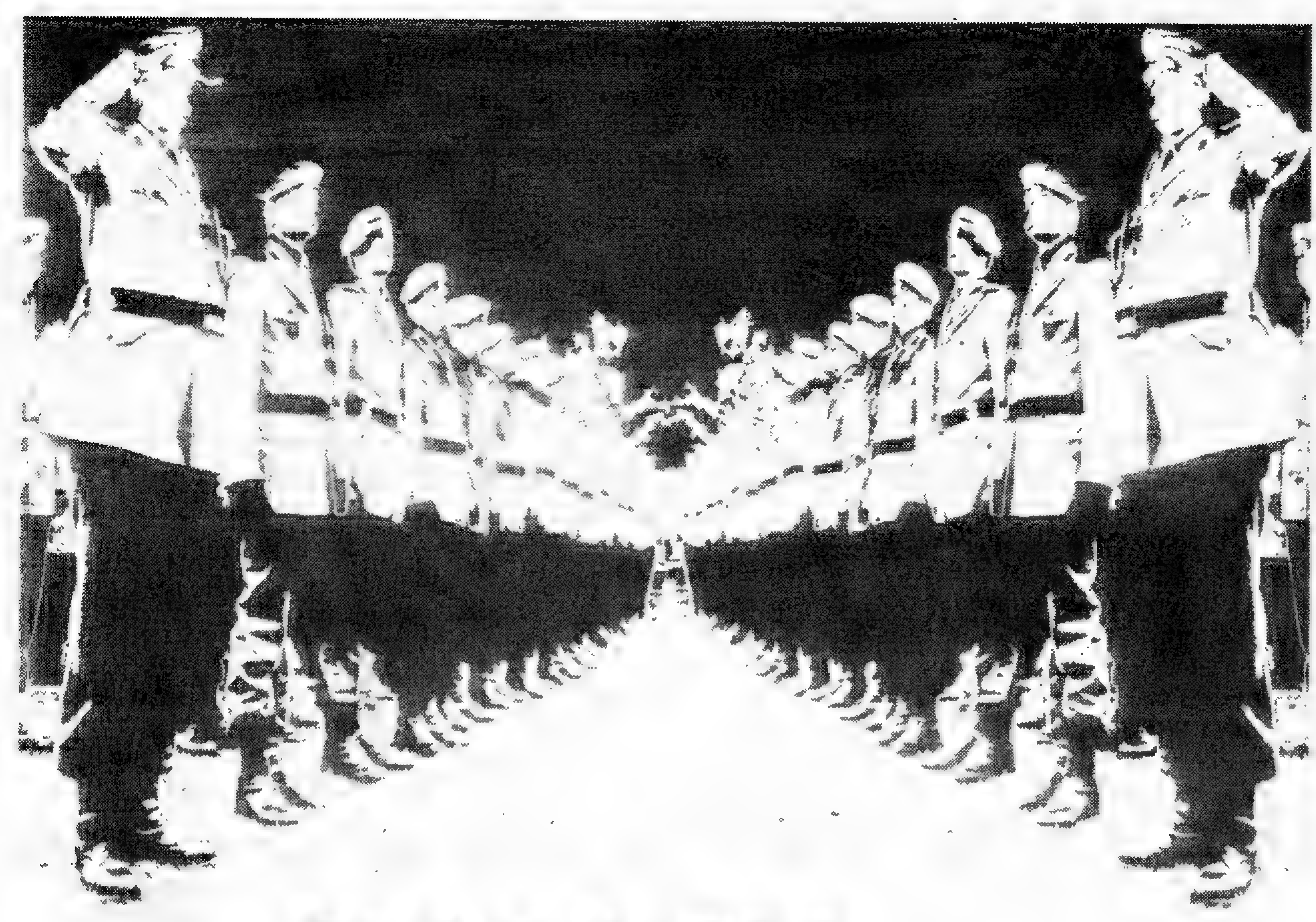
Die zierliche BAW-Beweisschleife sieht so aus (wir stellen uns hier mal die Bundesanwältin Frau Dr. Fischer im Plädoyer vor): »Hohes Gericht, meine Damen und Herren.
Wir haben es hier mit unwiderleglichen Beweisketten zu tun. Das K.O.M.I.T.E.E. von 1994 ist auch das K.O.M.I.T.E.E. von 1995 und somit eine dauerhafte terroristische Vereinigung. Bewiesen durch die Tatsache, daß bei dem Anschlag 1994 und dem Versuch 1995 gleich konstruierte Tatmittel verwendet wurden! Und durch die in Grünau gefunden Warnschilder! Es steht also fest, daß die K.O.M.I.T.E.E.-Terroristen in Grünau auf dem Parkplatz waren am 11.4. Da kein vernünftiger Mensch sich länger als fünf Minuten von eigenen Ausweisen oder Autokennzeichen trennt, geschweige denn dem eigenen Auto, ist somit bewiesen, daß die Beschuldigten in Grünau waren und somit identisch mit dem K.O.M.I.T.E.E. sind. Da Teile der Beschuldigten einen Hof in Neutrebbin bewohnten, ist somit bewiesen, daß der fragliche Hof als potentielle Terrorzentrale anzusehen ist. Dies wird letztlich bewiesen dadurch, daß schon 1994 auf ebendiesem Hof eine terroristische Seifendose rot angesprüht wurde.«



So schließt sich der Kreis, aber ohne die Seifendose-Hypothese wäre er zerrissen. Es könnte damit plötzlich in Frage gestellt sein, ob überhaupt die Beschuldigten, geschweige denn weitere Verdächtige, weiterhin als »DAS K.O.M.I.T.E.E.« präsentiert werden können. Da wird die windige Seifendosen-These plötzlich zum auch psychologisch wichtigen Stützpfeiler des ganzen Verfahrens und darf deshalb in keinem Beschluß fehlen...
Ein anderes Beispiel: Um den Haftbefehl für die Schwester von Peter durchzusetzen, präsentierte die BAW einen Zeugen, der die Beschuldigten im Frühjahr in der Nähe des Tatortes gesehen haben wollte. Allerdings konnte für drei der vier Personen für den fraglichen Tag ein hieb- und stichfestes Alibi benannt werden. Der BAW-Zeuge war damit erledigt, so sehr auch die fanatische Bundesanwältin Fischer versuchte, an den Alibis herumzumäkeln.
Es läßt sich insgesamt sagen, daß die Beweislage für die BAW eher dürftig ist. Es sind nur wenige Indizien oder auch nur vermutete Indizien, die aus den Beschuldigten ein »K.O.M.I.T.E.E.« zusammenbasteln.
Aber so haarsträubend die Konstruktionen auch teilweise klingen – aus der jüngeren Geschichte wissen wir, daß oft genug die BAW mit Konstrukten vor Gericht durchkommt, die bei Licht betrachtet eigentlich lächerlich sind. Wo ein Verurteilungs-Wille ist, ist auch ein Weg. Es gibt daher keinen Grund, zu glauben, daß die BAW schon von selbst auf der Nase landen wird.

Merke: Hygiene macht verdächtig!

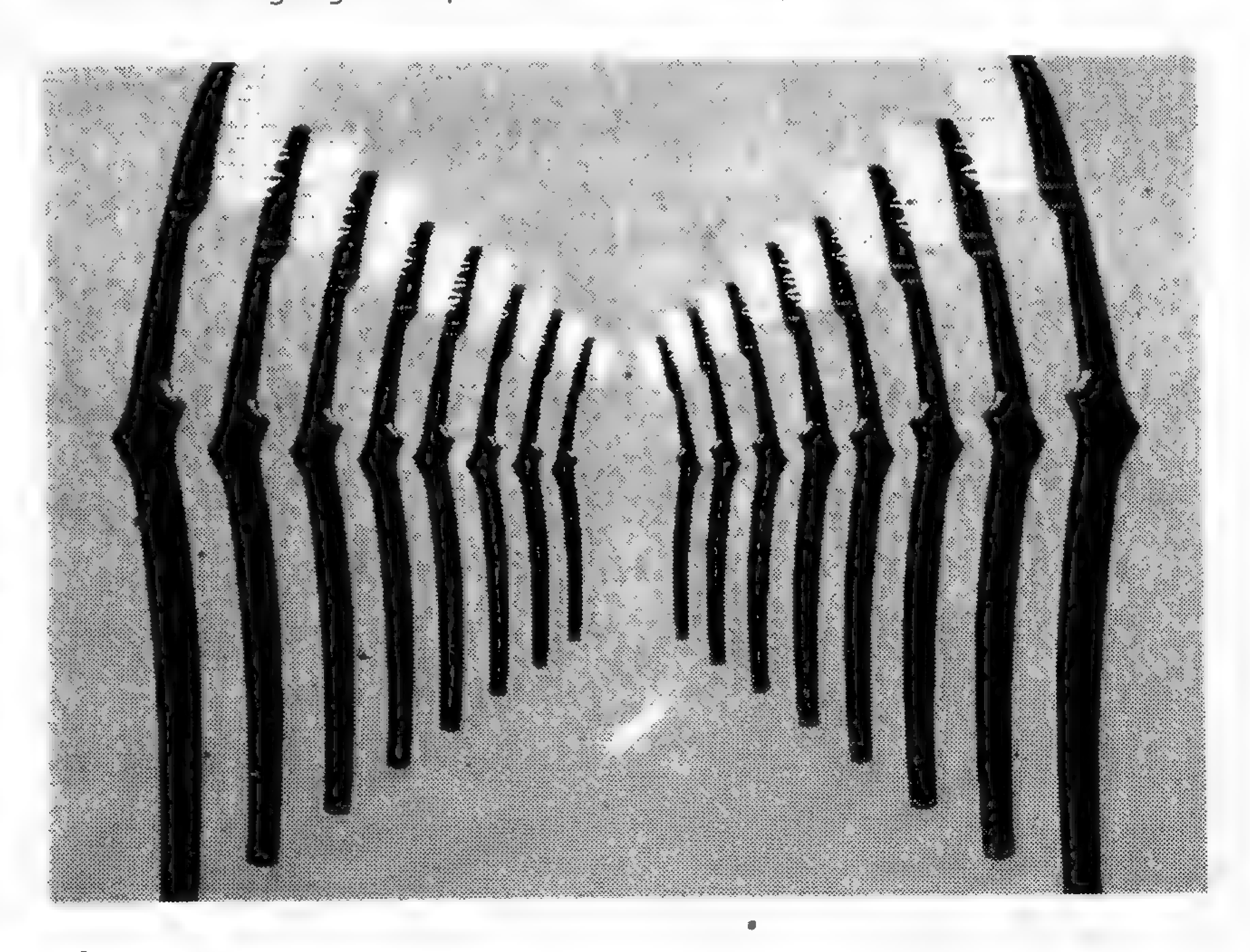




Das K.O.M.I.T.E.E.
Bad Freienwalde und Grünau

In der Erklarung vom 27.10.94 wird die Bundeswehr angegriffen, weil diese den türkischen Krieg gegen die PKK und gegen die kurdische Bevölkerung massiv unterstutzt. Das K.O.M.I.T.E.E. sagte damals zur Situation in Türkei/Kurdistan:
»Deutschland ist Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan – militarisch, ökonomisch, politisch!
(...) Deutschland ist die bedeutendste Säule, auf die sich das Regime in Ankara stützen kann: Die 3000 Mann umfassende Anti-Terror-Einheit »Schwarze Käfer«, die für ihre Killermentalität berüchtigt ist, wurde von der GSG 9 ausgebildet. Jedes Jahr gibt es turkische »Schüler« an der Führungsakademie der Bundeswehr und verschiedenen Polizeihochschulen.
Die Türkei ist seit Jahren der größte Abnehmer des inzwischen zweitgroßten Rüstungsexporteurs der Welt, der BRD. (...)
Deutsche Granaten aus deutschen Leopard-Panzern wurden nach der Zerstörung der kurdischen Stadt Çirnak Mitte August 1992 eben dort gefunden. An einem BTR-60 Schützenpanzer (Ex-NVA) wurde der Kurde Mesut Dünder in Lice zu Tode geschleift. Die ca. 40 000 »Dorfschutzer«, Lakaien im Dienste der türkischen »Sicherheitskräfte«, sind großtenteils mit G3-Gewehren der Firma Heckler & Koch ausgerüstet. Die über 300 000 Kalaschnikow Maschinenpistolen [aus NVA-Beständen] fanden ihre Abnehmer vor allem bei der Geheimpolizei und den teilweise under cover in Kurdentracht operierenden Spezialeinheiten »Özel-Teams«, die mit Kopfprämien bezahlt werden. (...) 1500 Dörfer wurden in den vergangenen 2 Jahren entvolkert und zerstört, 4 Millionen KurdInnen sind auf der Flucht. Im August 1994 wird bekannt, daß kurdische Flüchtlinge in Konzentrationslager gepfercht, gefoltert und auch ermordet werden.
Ohne die politische, okonomische und militärische Unterstützung der BRD wäre die Türkei nicht in der Lage, den Völkermord an den Kurd-

Innen zu begehen. Ohne Übertreibung läßt sich feststellen, daß die BRD heute für die Türkei die gleiche Bedeutung hat, wie die USA ehemals für Vietnam und Mittelamerika.«
Die Aktion vom 11.4.95 galt offensichtlich dem Gebäude des ehemaligen Polizeigefängnisses in Köpenick-Grünau, das bereits seit einiger Zeit zum zentralen Berliner Abschiebeknast umgebaut wurde. Der Knast war zum damaligen Zeitpunkt nicht belegt, sondern eine Baustelle, es ist also falsch, wenn der Eindruck erweckt wird, es seien Menschen gefährdet worden. Dieses Bauprojekt war bis dahin öffentlich kaum bekannt. Wir haben mittlerweile ein paar Informationen darüber gefunden.
Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres legte am 25.10.1994 dem Senat einen Bericht vor über die Situation im Abschiebegewahrsam. Darin wurde der Umbau des früheren Frauengefangnisses der Polizei zum neuen zentralen Berliner Abschiebeknast detailliert vorgeschlagen. Der Senat von Berlin stimmte dem Vorschlag noch am selben Tage zu. In dem Bericht heißt es: »Wegen der Zunahme der Abschiebungen nach Änderung des Asylverfahrensgesetzes (1992: 1331 Fälle; 1993: 3175 Fälle; 1994 bis einschließlich August: 2368 Fälle); des anstehenden Problems der Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen; der Notwendigkeit, auf grundsätzlich ungeeignete Zellentrakte der Polizei (...) zurückgreifen zu müssen; und der permanenten Überschreitung der bestehenden Kapazitäten mit der Folge, zur Abschiebung festgenommene Ausländer wieder entlassen zu müssen, verfolgte der Senat (...) das Ziel, eine deutliche Erhöhung der Abschiebegewahrsams-Kapazitäten (der Gewahrsam Kruppstraße verfügt über 176 Plätze) zu erreichen.« Der Senat will dabei mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen:
Seitdem das Asylrecht nahezu abgeschafft wurde, nimmt die Zahl der Abschiebungen jährlich zu. 1994 wurden von Berliner Behörden täglich rund zehn Abschiebungen durchgeführt. Das soll offenbar noch gesteigert werden, und dafür wird Raum benötigt. Der Knast in Grünau wird über ca. 350 Plätze verfügen.
Durch die Zentralisierung des Abschiebeknastes wird die ganze Prozedur rationalisiert und damit verbilligt. Immerhin soll der Umbau des Knastes in Grünau mindestens 24 Mio. DM kosten, die jährlichen Personalkosten werden mit ca. 20 Mio. DM veranschlagt.
Ein zentraler Knast in der Nähe des Flughafens Schönefeld vereinfacht auch die Durchführung der Abschiebungen an sich.
Schließlich werden die üblichen angeblichen Verbesserungen der Haftbedingungen angeführt. Wir kennen das aus den letzten zwanzig Jahren zur Genüge. Auch die Hochsicherheitstrakte und der Behandlungs- und Wohngruppenvollzug wurden bei ihrer Einführung als »Verbesserung« der Haftbedingungen öffentlich gepriesen, obwohl es letztlich darum ging, die Leute im Knast noch besser überwachen, kontrollieren und terrorisieren zu können. Das wird deutlich, wenn der Bericht des Innensenats sagt: »Auch auf Grund der Erkenntnisse aus den Vorkommnissen und Ereignissen im Gewahrsam Kruppstraße im Sommer 1994 können bei dem genannten Umbau in Köpenick (...) die nachstehenden neuen konzeptionellen Unterbringungsmaßstabe gesetzt werden:
a) Es werden überschaubare Unterbringungstrakte mit einer Höchstbelegung von 24 Abschiebungshäftlingen geschaffen (...). Die niedrige Belegung je Zellentrakt (...) verbunden mit einem komplettierten Sicherungssystem ermöglicht eine flexiblere Unterbringungskonzeption (...).«
Mit den »Vorkommnissen und Ereignissen« von 1994 sind die Versuche der damals in der Kruppstraße eingeknasteten MigrantInnen gemeint, sich gegen ihre menschenunwürdige Behandlung zu wehren.
Im Frühjahr 1995 bemühten sich die deutschen Innenministerien, die letzte große Hürde zu beseitigen, die zahlreiche Flüchtlinge bisher noch vor Abschiebungen schützt. Es geht darum, das Verbot, Flüchtlinge in Krisenregionen abzuschieben, auszuhebeln. Dazu gehört die Aufhebung des Abschiebestops für Kurden und Kurdinnen sowie die im oben zitierten Bericht angekündigte »Rückführung« von Bürgerkriegsflüchtlingen vor allem aus Bosnien/Ex-Jugoslawien. Dazu gehört auch die Verstärkung des Terrors der Berliner Behörden gegen vietnamesische Frauen und Männer, die als VertragsarbeiterInnen in die DDR gekommen waren und deren massenhafte Abschiebung vorbereitet wird.
Die ab Frühjahr 1995 beabsichtigte verstarkte Abschiebung von Menschen aus Kurdistan in die Türkei ist ein weiterer Baustein in der deutschen Unterstützungspolitik für den türkischen Krieg in Kurdistan, die das K.O.M.I.T.E.E. in seiner Erklärung vom Oktober 1994 angegriffen hatte.
Der neue Abschiebeknast in Grünau ist dabei, genau wie die grenznahen Sammellager des Bundesgrenzschutzes, steingewordenes Symbol und gleichzeitig notwendiger Bestandteil der rassistischen deutschen Flüchtlings- und Ausländerpolitik.



Wie weiter?

Im Falle des K.O.M.I.T.E.E.-Verfahrens wurde sie über zwei Monate lang nur im internen Kreis besprochen – die Frage, was jetzt getan werden kann, um sowohl den betroffenen Menschen zu helfen als auch politisch aus der Defensive herauszukommen. Nach den bundesweiten Razzien vom 13.6.95 hat sich nun auch in Berlin ein Kreis gebildet, der auf breiterer Basis diese Frage diskutiert.
Wir sehen es zum einen als unsere eigene Schwäche an, nicht schon vorher initiativ geworden zu sein. Andererseits sehen wir es auch als ein Spiegelbild der aktuellen politischen Situation der Linksradikalen in der Stadt an. Ein paar wenige Menschen versuchen, etwas in Bewegung zu bringen, und stoßen dabei auf viel Konsumverhalten und Desinteresse. Selbst die Großrazzia vom 13.6. lockte jenseits der unmittelbar Betroffenen und ihrem Bekanntenkreis erst mal nur wenige Leute hinter dem Ofen hervor. Wir sehen, vielleicht vergleichbar dem Kaindl-Verfahren, die Gefahr, daß ein paar Leute wahnsinnig viel rumrödeln müssen, um überhaupt so etwas wie eine öffentliche Reaktion wenigstens innerhalb der radikalen Linken zu erzeugen. Zum Fall Kaindl ist schließlich doch viel gelaufen, aber um den Preis von kaputten politischen und persönlichen Beziehungen zwischen vielen Menschen.
Eine aktuelle Solidaritätsarbeit stellen wir uns so vor, daß von Anfang an versucht wird, realistisch die eigenen Kräfte und Möglichkeiten einzuschätzen. Dazu gehört sowohl eine politische Diskussion, z.B. in die Richtung, wie wir sie am Ende des 2.Teiles angerissen haben (Welche Rolle spielen die militanten Projekte für uns derzeit und in Zukunft?), aber auch: wo verlaufen Grenzen zwischen den beteiligten Leuten; als auch eine technische Diskussion über das, was machbar ist.
Wir finden es grundsatzlich richtig, daß die politische Arbeit der Soli-Gruppe die beiden Vefahren (radikal und K.O.M.I.T.E.E.) als Teile eines Komplexes behandelt. Es wird sicher immer wieder notwendig sein, beide Verfahren auseinanderzuhalten, sei es in juristischen Fragen, sei es im Bereich der überregionalen Koordinierung. Immerhin ist auch die Vorgeschichte eine andere: Während das Verfahren gegen die radikal ein lange vorbereiteter Schlag ist, der sowohl juristisch als auch politisch eine Offensive des Repressionsapparates bedeutet, ist das K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren ja eher per Zufall und auch für die Bullen recht plötzlich hereingebrochen. Aber aktuell stehen beide Verfahren für die Offensive gegen linksradikale Politik, und wir finden es nur logisch, eine einheitliche Antwort auf diese Offensive zu geben.
Wir werden uns in Zukunft bei dem, was wir politisch sagen zum K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren, auf die Soli-Arbeit zu dem Gesamtkomplex beziehen. Andersrum fänden wir es gut, wenn Gruppen, die zu den Themen Kurdistan, Flüchtlingspolitik, Repression, Widerstand arbeiten, auch zu dem aktuellen Verfahren Stellung beziehen. Die Angriffsziele Bundeswehr und rassistische Abschiebe-Politik sind es unserer Meinung nach allemal wert, öfters mal benannt zu werden auch unter Bezug darauf, daß es mehr als nur Protest dagegen gibt.
Und was die Gesuchten angeht, so liegt uns daran, sie als Menschen – und als politische Menschen – sichtbar bleiben zu lassen, nicht nur als Schlußzeile in Flugblättern.

Wir grüßen alle, die von Knast oder Verfolgung bedroht sind, die nicht lockerlassen, die für eine menschenwürdige, revolutionäre Gesellschaft kämpfen

besonders Werner, Ralf, Andreas und Rainer im Knast
besonders die Menschen, die auf der Flucht sind, sei es seit Jahren oder seit 13.6.95
besonders Cengiz, der seit dem Kaindl-Prozeß gesucht wird

gaaanz besonders Bernhard, Thomas und Peter !!

FISCHERS FRITZ UND SEINE SCHWESTERN Juli 1995

129a-Ermittlungen - auch in Weimar

Gefälschtes Interview der "Jungen Freiheit" dient als Ermittlungsgrundlage

Im Oktober 1994 war bei einem Überfall auf die Union-Druckerei in Weimar die AbonentInnen-Liste der "Jungen Freiheit" entwendet worden, Anfang Dezember 1994 bekannten sich "revolutionäre Frauen-Lesbengruppen und andere revolutionäre Gruppen" zu mehreren Brandanschlägen, bei denen die Union-Druckerei in Weimar sowie Fahrzeuge des Pressegrossisten "Brandenburger Pressevertrieb" und Kioske der Berliner Kette "Wolff" beschädigt wurden.

Die Bundesanwaltschaft (BAW) zog die Ermittlungen in dieser Sache an sich und leitete ein Verfahren nach §129a gegen Unbekannt wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" sowie "Schwerem Raub, Versuchter Nötigung und Versuchter Brandstiftung" ein. Im Rahmen dieser Ermittlungen bekamen Mitte Mai 10 Leute aus dem Umfeld der besetzten Häuser Gerberstraße 1 und 3 in Weimar ZeugInnenvorladungen von der Bundesanwaltschaft (BAW) nach Karlsruhe. - Den zirka vier Wochen vorher eingetroffenen polizeilichen Vorladungen hatten sie keine Folge geleistet. Diese Vorladungen trafen nicht nur bei den Meldeadressen der Leute ein, sondern wurden auch an mutmaßlich Aufenthaltsorte geschickt. Bis auf eine Person, die ohne anwaltlichen Beistand nach Karlsruhe fuhr und Aussagen machte, ließen sich alle anderen ZeugInnen "angesichts der Bedeutung der Sache und ihrer Unerfahrenheit in rechtlichen Angelegenheiten" entschuldigen, da ihr Rechtsanwalt zum Vorladungstermin nicht verfügbar war.

Diese Entschuldigung, die normalerweise von fast jeder Staatsanwaltschaft akzeptiert wird, galt bei der BAW als "unbegründet". Daraufhin wurden am Morgen des 1.6.95 die Wohnungen der ZeugInnen von Polizeibeamten in Begleitung von Beamten des LKA aufgesucht und die sieben Leute, derer sie habhaft werden konnten voneinander isoliert zur Autobahn-Polizeistation Hermsdorf transportiert. Zwangsvorführung nennt sich eine solche Behandlung in Amtsdeutsch. Die ZeugInnen wurden mehrere Stunden in Hermsdorf festgehalten und vom LKA bzw. Oberstaatsanwalt Pöpperl vernommen. Im Verlauf der Vernehmung wurden mehrere ZeugInnen direkt beschuldigt und mit den Aktionen gegen die "Junge Freiheit" in Zusammenhang gebracht. Zwei ZeugInnen, die die Aussage verweigerten, wurde mit richterlicher Vernehmung und Beugehaft gedroht, sowie ein Ordnungsgeld von je 500 Mark aufgebrummt. Neben einem Ordnungsgeld von je 200 Mark wegen Nichterscheinen in Karlsruhe beim ersten Termin, müssen alle ZeugInnen wahrscheinlich auch die Kosten für die Zwangsvorführung tragen.

Wie zu erwarten war, flatterten bei den zwei ZeugInnen, die die Aussage im Rahmen der Zwangsvorführung verweigert hatten, und bei den zweien, derer sie bei eben dieser Aktion nicht habhaft werden konnten, zirka vier Wochen später Vorladungen vom Ermittlungsrichter Bayer ins Haus.

Am 19. und 20. Juli 1995 wurden diese vier Leute im Bundesgerichtshof in Karlsruhe von Bayer und Pöpperl in Anwesenheit eines Anwalts vernommen. Alle vier Vernehmungen verliefen strukturell annähernd gleich. Themen waren der Raububerfall, der Brandanschlag und ein anonymes Schreiben, in dem eine Person aus Weimar der Mittäterschaft bezichtigt wird. Dieses Schreiben ist eine der Ermittlungsgrundlagen, hat jedoch für die BAW scheinbar an Wichtigkeit verloren.

Wesentlich mehr Bedeutung maßen Bayer und Pöpperl einer Rechtsanwaltaussage bei, welche nahezu identisch ist mit dem Inhalt eines Interviews, das zwei Redakteure der "Jungen Freiheit" unter Verwendung von gefälschten "Junge Welt"-Presseausweisen Anfang Dezember angeblich mit Weimarer Antifaschisten geführt haben wollen. (Vermutet wird, daß es sich bei dem Zeugen um einen "Junge Freiheit"-Anwalt handelt, der dieses Phantasiegebilde, - das das Interview offensichtlich ist - rechtlich absichern soll.) Dieser bislang namentlich unbekannte Rechtsanwalt will bezeugen können, daß er aus dem Gerberstraße-Umfeld die Information hat, zwei Leute aus Göttingen - vermutlich aus der Antifa (M) - hätten den Brandanschlag auf die Union-Druckerei mit logistischer Unterstützung aus Weimar verübt. "Logistische Unterstützung" würde sich in diesem Fall weniger auf materielle Ausstattung, sondern eher auf Informationen über die Druckerei beziehen, äußerte Bayer bei den Vernehmungen. In dem "Junge Freiheit"-Interview antwortet angeblich ein Antifaschist aus Weimar auf die Frage: "Warum die Aktion mit der Druckerei?" "Wir waren es nicht. Wir haben nur die Leute aus Göttingen logistisch eingeführt. Wir haben denen das Gebäude gezeigt... ." Und weiter hinten: "Die zwei aus Göttingen waren schon damals in Gießen aktiv... ."

Die BAW setzt ihren Schwerpunkt inzwischen nicht mehr bei der Suche nach in Weimar offen lesbisch lebenden Frauen. (Das damit verbundene Herumschnüffeln im Intimleben verschiedener Frauen aus Weimar wurde damit begründet, daß das BekennerInnenschreiben zu den Aktionen gegen die "Junge Freiheit" mit "Revolutionäre Frauen-Lesbengruppen und andere revolutionäre Gruppen" unterzeichnet worden war.) Stattdessen sucht die BAW nach Leuten, die sich inhaltlich mit der "Jungen Freiheit" auseinandergesetzt haben oder die die für Raubüberfall bzw. Brandanschlag nötigen Informationen über die Druckerei beschaffen und z.B nach Göttingen hätten weiterleiten können. In diesem Zusammenhang wurden einer Zeugin mitgeschnittene Telefongespräche vorgehalten, die allein deswegen für Bayer und Pöpperl interessant waren, weil sich der angewählte Telefonanschluß in Göttingen befand und das Wort "Druckerei" zwei mal in den Gesprächen vorkam.

Die BAW bastelt sich auf Grund fehlender Anhaltspunkte und des nach sieben Monaten Ermittlungen wahrscheinlich langsam wachsenden Ermittlungsdrucks ein Konstrukt zusammen, das mit der Realität mal wieder nichts Gemeinsames zu haben scheint. Klar ist, die Telefonüberwachung in den besetzten Häusern, die Bespitzelung und Observation werden nach den letzten Vernehmungen nicht beendet sein. Personen, deren Namen in vergangenen Vernehmungen von einzelnen Zeugen erwähnt wurden, haben inzwischen auch polizeiliche Vorladungen erhalten und werden wahrscheinlich demnächst nach Karlsruhe vorgeladen. Unklar bleibt, mit welchen Hirngespinsten die BAW im weiteren Verlauf der Ermittlungen noch aufwarten und welche Folgen dies für die ZeugInnen haben wird.



Auf zahlreiche Anfragen hin, haben wir uns entschlossen eine Dokumentation zum antinationalen/antideutschen Aktionswochenende zum 8.Mai herauszugeben. Enthalten sind die Redebeiträge und die Referate, die auf der antinationalen Konferenz gehalten worden sind. Die Dokumentation ist über das Antinationale Aktionsbüro in Hamburg zu bestellen und kostet 6 DM.
Antinationales Aktionsbüro 8.Mai, Postfach 306 237, 20328 Hamburg, Tel/Fax: 040/438846

Erklärung der Bewohnerinnen der Karla-Grahl-Str.20 in Potsdam-Babelsberg

;ewalt gegen Frauen, ein altes-neues Thema. Jede Frau und jedes Mädchen dieser
;tadt ist davon betroffen. Ob nun in der Schule, auf Arbeit, auf der Straße oder zu
Iause, jeden Tag werden wir mit gegen uns gerichteter Gewalt in der verschiedensten Form
onfrontiert Es gibt fast keinen Ort, an dem wir nicht für uns kämpfen müssen, dafür,
aß wir nicht übersehen werden, daß wir nicht zu schwachen Geschöpfen degradiert werden,
aß wir uns so bewegen können, wie wir es wollen und brauchen, daß wir die Möglichkeit
aben, uns zu erleben, auszuprobieren und zu wachsen.
Jm uns einen Ort zu schaffen, an dem Gleichberechtigung Realität wird, an dem wir uns
ı Sicherheit und mit Selbstverständlichkeiten bewegen können, wo wir einfach Mensch sind,
ıit Stärken und Schwächen, ohne, daß Verhaltensweisen auf unser Frausein zugeschrieben
verden, wo wir uns bewußt mit uns auseinandersetzen können, kein Gegenpol zu grundsätz-
cher Männerdominanz bilden müssen, um uns kritisch mit radikal-feministischen
trömungen beschäftigen zu können, ohne dies nach außenhin verteidigen zu müssen,
us diesen und anderen Gründen, haben wir am 11.06.95 spontan und von daher eher
ınvorbereitet ein kleines Haus besetzt, in dem Lesben-/Frauen zusammenleben werden.
Ver meint, daß es die Möglichkeit von gewaltfreiem Zusammenleben auch in gemischt-
esetzten Häusern in Potsdam bereits gibt, kann uns ja mit Beispiel-Nennungen eines
nderen belehren.
Vir haben jedoch die Erfahrungen gesammelt, daß in Potsdam 's besetzten Häusern
nd Scene-Treffs Hierachien bestehen, die von Männern bestimmt und gehalten werden.
'rauen sind in den meisten Häusern ohnehin in der Minderzahl und es werden eher
veniger als mehr, was mit Sicherheit seine Gründe hat.
Iierachien können nur mit Hilfe von Gewalt ent-/bestehen. Gewalt, ob nun psychischer
ınd damit schwer an-greifbar) oder deutlicherer Natur, z.B. in Form von Sprache und
ıuftreten.
)ie Auseinandersetzung mit sexistischen Sprüchen und sexueller Gewalt in der
zene scheint für viele "Linke" kein Thema zu sein. Frauen, die dagegen aktiv werden,
verden belächelt, ignoriert oder als Hardcore-Emanzen oder ähnliches bezeichnet.
Jns ist bewußt, daß Frauen nicht frei von Macht-und Gewaltpotentialen sind,
vas wir auch nicht grundsätzlich negieren.
Vir wollen unsere gewaltige Kraft jedoch nicht gegen uns sondern gegen die richten,
ie uns ein selbstbestimmtes, von Unterdrückung und Ausbeutung freies Leben
erwehren
Zur Zeit ist die Karla äußerst dünn besetzt, da Frauen, die ursprünglich einziehen
vollten, wieder abgesprungen sind.
)ie Stoppung des Zerfalls des seit 7 Jahren leerstehenden Hauses, Öffentlichkeitsarbeit,
Auseinandersetzungen mit WVP und Jugendamt und die Sicherung des Hauses sind
von daher nur mit Unterstützung von in anderen Zusammenhängen lebenden Menschen
nöglich. Eine Solidarisierung mit der Karla gab es von Anfang an und wurde im Laufe der
Wochen auch breiter. Jedoch wurde mal wieder ersichtlich, daß Unterstützung seitens der
HausbesetzerInnenszene nur über persönliche Beziehungen läuft. Im Gegensatz dazu erhielten
und erhalten wir von der in unserer Nähe wohnenden Bevölkerung für das Haus notwendige
Sachspenden, Wasser (Die Wasserwerke weigern sich bisher die H2O-Versorgung zu
gewährleisten.

Nach 14 Tagen Besetzung fand ein Gespräch zwischen uns und Prögel, dem derzeitigen
Geschäftsführer der WVP (Wohnungsverwaltung Potsdam) statt. Das Ergebnis bestand darin,
daß es für das mit Rückübertragungsansprüchen belastete Haus seitens der WVP nur eine
Linie gibt: Räumungsversuche und Erwirkung eines gerichtlichen Räumungstitels.
Zwei Tage später wurde dies gleich umgesetzt. In unserer Abwesenheit wurde in das Haus
eingebrochen, ein neues Schloß eingebaut, Fenster und Türen zum Teil verbarrikadiert und
das Wasser abgestellt. Freundlicher Weise wurde uns noch die Möglichkeit eingeräumt,
innerhalb der nexten 48 Stunden unsere Sachen aus dem Haus zu holen.
Wir lehnten dankend ab und besetzten in der gleichen Nacht das Haus erneut.
5 Tage später standen die Bullen und eine Mitarbeiterin der WVP, Philipp,die sich
anmaßender Weise als Besitzerin ausgab, vor der Tür. Es wurde mit einer gewaltvollen
Räumung innerhalb der nexten 2 Stunden und mit Anzeigen und Aufbrummung der Kosten
für die Bulleneinsätze gedroht, falls wir, inclusive unserer Sachen, das Haus in dieser Zeit
nicht verlassen. Es war bemerkenswert, wie viele Leute daraufhin in Potsdam in kürzester Zeit
zu mobilisieren waren, allerdings hielt unsere Begeisterung nicht allzulange an, da kaum
jemand bereit war, das Haus mit uns in der nexten Zeit zu schützen.
Lediglich am nexten Morgen waren in aller Frühe nochmals viele anwesend, da zu diesem
Zeitpunkt die Räumung erwartet wurde.
Die grundsätzliche Frage bei Neubesetzungen: Was kann ich von den anderen (zur Zeit
nicht von Räumung bedrohten) an Unterstützung erwarten ?, sollte eher lauten:
Wie weit bin ich bereit, mich für andere einzusetzen und stark zu machen ?.
Die Frage nach der Selbstverständlichkeit von Solidarisierung und Unterstützung wird weiter
bestehen bleiben, solange es noch besetzte Häuser und damit Räumungen und
Neubesetzungen geben wird.

Die Bewohnerinnen

H&M STINKT UNS

Es stinkt uns, daß in der letzten Zeit Werbung wieder zunehmend offen sexistisch wird. Wir wehren uns dagegen, daß in der H&M-Reklame sexuelle "Anzüglichkeiten" auf Kosten von Frauen gemacht werden.
Um deutlich zu machen, warum diese Werbung (als Spitze des Eisberges) Frauen angreift, gehen wir zunächst auf ein paar Hintergründe ein.
Durchschnittlich sieht jedeR MitteleuropäerIn bis zu seinem/ihrem 18. Lebensjahr 100.000 Werbespots. JedeR Deutsche ist täglich 1.000 Reklameeinflüssen ausgesetzt. Diese Zahlen geben einen kleinen Einblick wie groß der Einfluß von Werbung auf unser Leben ist.
Werbung wurde in den 60er und 70er Jahren noch kritischer betrachtet als heute. In den 80er Jahren wurde ihr keine große Bedeutung zugemessen. Heute hat sich Werbung zu einem "Kulturgut" entwickelt. Über die Funktion von Werbung hinaus, die Menschen zu beeinflussen, z.B. zum Kauf der angepriesenen Produkte, wird ihr zunehmend ein künstlerischer und kultureller Wert zugewiesen. Um mitreden zu können, kennt jedeR die neuesten Werbespots, die Werbung im Kino darf nicht verpaßt werden - da Unterhaltung- und nicht zuletzt gibt es die Werbefilmrolle aus Cannes.
Im Zuge dieser Entwicklung Werbung als Kunst und Kultur zu sehen, wird die kritische Auseinandersetzung mit ihren Inhalten und ihren Ideologien vernachlässigt bzw. verdrängt. Werbung informiert eben nicht nur über die "neuesten" Produkte, sondern transportiert ebenfalls bestimmte Ideologien und bringt diese an die Frau bzw. an den Mann.
Unsere Sozialisation als EuropäerInnen ist somit stark beeinflußt von der "heilen" Idealwelt der Werbung. Sie spricht uns oft sehr subtil an. Werbung stabilisiert immer die konservativen Geschlechterrollenklischees der patriarchalstrukturierten Gesellschaft. Diese "Grundsätze" von Werbung haben sich bis heute nicht geändert.
Wurde sie zeitweise zurückgedrängt, tritt in der letzten Zeit jedoch die Werbung wieder vermehrt auf, die Frauen offen diskriminiert. Von Sharon Stone in der Werbung für einen TV-Sender, Naomi Campell, die die Sinne anspricht oder bis hin zur H&M Bademodenreklame ist eine Zunahme der "harten" offen sexistischen Werbung zu beobachten.
Auf der einen Seite zeigt diese Art der Werbung sexuelle "Anzüglichkeiten" in der Form, daß Frauen als Sex-Objekte angeboten werden. Auf der anderen Seite hat diese Werbung Auswirkungen auf die Meinungs- und Wertebildung in der Gesellschaft in Bezug auf das Schönheitsideal von Frauen. In der Werbung wird den Menschen gezeigt, was bzw. wer schön ist. Die Zuspitzung auf einen "Prototyp" Frau führt dazu, daß Frauen dem "Ideal", wenn überhaupt, nur entsprechen können, wenn sie viel Zeit, Kraft, Geld und nicht zuletzt Gesundheit opfern.
Der Idealtyp der schönen Frau sieht heutzutage folgendermaßen aus: Sie ist jung (unter 30Jahren), weiß, blond, schlank (eher untergewichtig), exakte Proportionen (lange Beine, schmale Taile, Oberschenkel und Fesseln), vole Lippen, kleine und schmale Nase, große Augen, bis auf Kopf und Schamhaar enthaarten Körper, keine Falten, heterosexuell. Dieser "Prototyp" Frau führt dazu, daß Frauen, die diesem Bild nicht entsprechen wollen oder können, nicht schön sind.

Die normativen (festgesetzen) Schönheitsmaßstäbe, die Werbung für Frauen festsetzt, erzeugen u.a. den Druck dem viele Frauen nicht standhalten können und somit z.B. zu Minderwertigkeitskomplexen oder/und zwanghafter Beurteilung des eigenen Aussehens aus patriarchaler Perspektive neigen. Dies sind häufige Erscheinungen, die in unterschiedlicher Stärke bei allen Frauen vorhanden sind.
Frauen messen ihr eigenes Aussehen an diesem "Ideal" und gleichzeitig vergleichen und bewerten Männer die Ähnlichkeit der Frauen mit dem Ideal.
Die Art der Werbung in der letzten Zeit erricht wieder eine offen frauenfeindliche Qualität. Obwohl Werbung, wie schon erwähnt nie nicht-frauenfeindlich war, ist die erneute massive Produktion von offen sexistischer Werbung ein Rückschritt.
Die Zunahme der "harten" Werbung ist nur ein Teil des Rollbacks der Emanzipation.
Frauen sollen wieder vermehrt ihre "natürliche" Rolle einnehmen (treusorgende Ehefrau, Mutter, Geliebte, Objekt von Männerphantasien). Rechtsruck, Sozialabbau und zunehmender Sexismus drängen vermehrt Frauen aus dem öffentlichen Leben.

Kritik an der offenen sexistischen Werbung von H&M (zu stark figurbetonender Mode und idealisierenden Schnitten und Größen der KLeider) wurde in letzter Zeit vermehrt geäußert.
Hiermit hoffen wir diesem H&M-Trend Protest entgegengesetzt zu haben, und mit unserem Säureanschlag in Mühlheim, Essen und Dortmund viele potentielle KundInnen mehrere Stunden davon abgehalten zu haben, dem Konzern weitere Gewinne zu bringen bzw. überhaupt noch Gewinne mit der beschädigten Ware erzielen zu können.

FrauenLesben verteilt dieses Info weiter !

WARUM GIBT ES UNS IMMER NOCH?!

Mitte der 80er Jahre, als sich die Bewegung der LesetzerInnen mehr und mehr zu spalten und zu entpolitisieren begann, wurde in Westberlin von Menschen aus verschiedenen Bewegungen das Projekt eines linken Archivs mit Bibliothek ins Leben gerufen.
Aus einer früheren Selbstdarstellung:
"Der herrschende Gedächtnisverlust und die schleichende Entpolitisierung in Schule, Uni, Medien und Alternativszene machen den Papiertiger als Instrument der Gegenöffentlichkeit notwendig. Was inhaltlich zusammengehört, wird im Papiertiger nicht zerrissen, wie es in staatlichen Einrichtungen üblich ist, sondern durch die Struktur von Bibliothek und Archiv besonders hervorgehoben."
Inzwischen gibt es ein sehr umfangreiches Archiv, eine umfassende Sammlung fast aller (nicht nur deutscher) linken regionalen und über-regionalen Zeitungen und Zeitschriften der letzten 20 Jahre und eine Themenbibliothek, bestehend aus ca. 2000 Büchern.

Die Geschichte des Papiertigers ist auch die Geschichte unterschiedlichster Gruppen, welche das Archiv durch Diskussionen und praktische Initiativen zu einem Teil der linken Bewegungen gemacht haben.

Anders als in den Hochzeiten linker Bewegung, in denen immer auch ein Bedürfnis entsteht, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, und eine Kontinuität der Kämpfe und Bewegungen gesucht wird, gelingt es in Phasen ohne starke Gegenmacht von unten den Herrschenden, Geschichte zu verfälschen oder ganz zu leugnen, um die Verhältnis 'über-historisch' und als nicht veränderbar erscheinen zu lassen. Immer mehr wird den herrschenden "Geschichtsschreibern" nach dem Mund geredet, die Subjekte der Geschichte und die gesellschaftlichen Konflikte werden verdrängt und/oder diffamiert.

Der Papiertiger will mit seinen Strukturen ein lebendiges Projekt auch für zukünftige Bewegungen sein. Wir verstehen uns nicht nur als Geschichtsarchiv, sondern wollen auch Diskussionen initiieren und in laufende eingreifen.

Wir wollen herausfinden, mit dem Ziel der Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen:
- wie die Gesellschaft - hier und im Rest der Welt - strukturiert ist und sich verändert, welche Kräfte und Bewegungen daran beteiligt sind;
- wie die gesellschaftliche Realität begriffen und mystifiziert wurde, wie Diskurse und Ideologien durch die Medien Realität verschleiern, beeinflussen und schaffen;
- wie sich soziale und/oder emanzipatorische Bewegungen gebildet haben, was sie erreicht haben, woran sie gescheitert sind, wie sie selbst Produkt und Teil der herrschenden Verhältnisse waren oder wieder geworden sind;
- wie wir, die Subjekte selbst Produkte der gegenwärtigen Verhältnisse sind, wie wir/sie diese reproduzieren.



ES SOLL UNS AUCH IN ZUKUNFT GEBEN!

Neben dem Aufruf an politische Gruppen, ihre Arbeit kontinuierlich und/oder zu aktuellen Anlässen im Papiertiger anderen Interessierten zugänglich zu machen, ergeht hiermit auch ein Aufruf an Eure Spendierfreudigkeit.
In den letzten Jahren hat sich der Papiertiger durch verschiedene Geldspritzen durchschlagen konnen. Dies ist jetzt nicht mehr möglich. Unser Ziel ist aber weiterhin, den Papiertiger als unabhängiges Projekt zu erhalten, das von allen getragen wird, die es sinnvoll finden.
Neben Miete, Telefon etc. haben wir Abonnements für ca. 20 Zeitungen (neben einigen Spenden), einen Kopierer und das Material für die alltägliche Arbeit zu finanzieren. Außerdem wollen wir die Bibliothek erneuern und erweitern. Um dies (uns) leisten zu können, benötigen wir 1500-2000,- monatlich. Unser Ziel ist es, einen Stamm von ca. 300 Fördermitgliedern zu haben, die uns monatlich mit mind. 5,- unterstützen.
Deshalb: Kommt vorbei, bringt eure verstaubten Bucher, Zeitungen, Flugblätter etc. vorbei, werdet Mitglieder!
Als Mitglieder bieten wir euch an, das ihr die Bücher der Bibliothek ausleihen könnt. Außerdem habt ihr die Möglichkeit, mit einem Beitrag von 15,- oder mehr alle Publikationen des Papiertigers zu abonnieren.

ÖFFNUNGSZEITEN:
Mo., Di., Do.: 14.30 - 18.00Uhr
Mi.: 15.30 - 19.00Uhr
Fr.: Frauentag - auf Anfrage

Papiertiger
Cuvrystr. 25
10997 Berlin
Tel.: 030/6183051

Konto:
Ku-Bi e.V.
Kto.-Nr.: 96545-103
Postbank Berlin BLZ 10010010

Einige Gedanken und Fragen zum derzeitigen Zustand der linksradikalen Szene in Berlin

Viele haben bestimmt Gerüchte mitgekriegt, daß vor allem in Kreuzberg ein sog. Kiezkrieg unter Linken tobt. Es gibt bis jetzt kein öffentlicher oder gar politischer Umgang damit. Durch einige Andeutungen, die ich jetzt hier machen werde, will ich die Beteiligten herausfordern, dies zu tun. Doch nicht nur die Direktbeteiligten sind gefragt,auf einige prinzipiellen Fragen Antworten zu geben,.
Zunächst ein Ausgangspunkt der unschönen Auseinandersetzungen:
Es betrifft die Faschistin Marion Ludwig und ihre Schwester. Eine Frage an die VerfasserInnen des Flugblattes (wo die beiden geoutet werden - Interim Nr. 332). Wieso relativiert ihr eure vorherige Aussage in den letzten 2 Sätzen? Was soll eine aktive Faschistin in linken Strukturen anderes als eine Nazispitzelin sein? Die Relativierung ist völlig überflüssig und trägt eher zur Verunsicherung bei. Gut finde ich an der Veröffentlichung, daß nur Marion Ludwig als Faschistin bezeichnet wird und ihre Schwester nicht, weil Beweise fehlen. Was bei Bullenspitzeln in Ansätzen gelaufen ist, Kriterien zu entwickeln, um für eine Gratwanderung zwischen Paranoia und berechtigtem Verdacht sensibilisiert zu sein, fehlt'- meines Wissens- im Umgang mit ehemaligen oder sog. ehemaligen Nazis. Es kann ja sein, daß dies in Antifa-Kreisen schon etwas aufgearbeitet ist, dann sollte dies schleunigst mehr Leuten zugänglich gemacht werden.Für mich gilt nämlich der Grundsatz, daß ich jede/n begrüße, der/die mit dem Bullen-, Soldaten- oder (und) Nazidasein bricht und sich einem emanzipatorischen Weg zuwenden will. Skepsis ist natürlich immer angesagt, aber auch die Bereitschaft, sich mit diesen Menschen auseinanderzusetzen. Bei Marion Ludwig scheint es nach der Beschreibung ja eindeutig gewesen zu sein, denn sie hatte sich immer noch zu faschistischen Inhalten bekannt.
Und damit komme ich zum "Kiezkrieg":
Eine der beteiligten Seiten (der Kreis, in dem sie quasi ihre "politische Heimat" fand - was diese Leute eigentlich veranlassen sollte, über ihre "politische Heimat" abgrundtief nachzudenken) hat Marion Ludwig verteidigt, ist durch den Kiez gelaufen und wollte die FlugblattverfasserInnen aufmischen. Aufgemischt wurde anschließend tatsächlich reichlich. Die ins Visier genommene Seite war auch nicht gerade zimperlich. Einerseits verständlich, wenn sich Leute wehren, andererseits sollte auch diese Seite mal über ihr politisches Selbstverständnis, das voller Mackerstrukturen und schwarz/weiß-Denken durchsetzt ist, nachdenken und sich ändern.
Neben dem Hintergrund mit Marion Ludwig sind dann noch Drogengeschäfte und Zusammenarbeit mit Mafiastrukturen weitere Punkte, warum ich zu dem Schluß komme, daß diese Beteiligten in "unseren " Strukturen nix mehr zu suchen haben. Nur was sind "unsere" Strukturen? Ist es der Kiez (Welcher überhaupt?) Ich würde sagen - nein. Denn "unseren" Kiez gibt es in dem Sinne überhaupt nicht (mehr?). Sind es "unsere" Kneipen? Auch da ist es schwierig. Am eindeutigsten sind für mich Veranstaltungen von "uns", Vorbereitungstreffen, VV's (wenn es sie mal wieder geben soll),da würde ich sie mit rausschmeißen. Bloß wie und wen denn überhaupt?Die Wenigsten kennen genau die Hintergründe oder gar die betreffenden Gesichter und Namen.Ich wäre auch gegen sog. Steckbriefe. Also sind die wenigen Leute gefragt , die sie und die Hintergründe kennen. Und gibt es vorher eine gute und intensive öffentlich Auseinandersetzung, ist es auch für Einzelne möglich, bei einer Veranstaltung z.B. aufzustehen, sich auf die öffentliche Diskussion zu beziehen und die btreffende Person aufzufordern, zu gehen., Aber Vorsicht! Sippenhaft finde ich ganz und gar nicht angebracht. Mit Leuten, die z.B. schon lange mit den eindeutigen Pesonen befreundet sind, sie sie selbst auch kritisieren,aber sich nicht so ohne Weiteres von ihnen lossageen wollen, sollte differenzierter umgegangen werden.
Und zum Schluß wollte ich noch einen heiklen Punkt anreißen: Drogen! Bei Heroin gibt es (hoffentlich noch) das klar ablehnende Selbstverständnis. Aber was ist mit Kokain, Speed und Ecstasy? Shit, Marihuana, bewußtseinserweiternde Drogen und Alkohol sind (leider) voll akzeptiert Warum gibt es zu diesem Thema schon lange keine öffentliche Diskussion? Wir wissen, wie Bewegungen in Italien und USA mit Drogen bewußt kaputt gemacht wurden. Ist es also in bewegungslosen Flauten egal und jede/r kann konsumieren, was das Zeug hält? Zu jedem Dealer gehören auch die entsprechenden KonsumentInnen und die gibt es in der linksradikalen Szene offensichtlich zu Hauf. Ist es von daher verwerflich, wenn einige von den Beteiligten dealen (nicht mit Heroin anscheinend)? Oder ist es nur dann verwerflich, wenn sie die dranhängenden Mafiastrukturen zur Verstärkung in den Auseinandersetzungen mit einbeziehen? Dealen und gewisse Strukturen, die ich abgrundtief ablehne, gehören jedoch zusammen, zumindest bei den Drogen wie Heroin und Kokain.Aber diese Haltung ist bestimmt nicht konsensfähig oder?
Wie ihr seht, gibt es reichlich Stoff für viele Auseinandersetzungen - also ran!

eine Autonome

MEXIKO - KRIEG - CHIAPAS

Der Ruecktritt des Innenministers Esteban Moctezuma am 28. Juni ist Ausdruck der tiefen Krise, in der sich die von Praesident Ernesto Zedillo gefuehrte Regierung Mexikos befindet. Massenarbeitslosigkeit, Waehrungsverfall, Korruption, ungeklaerte politische Morde, Polizeiskandale, wachsende Proteste gegen die Einparteienherrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution PRI, innerparteiliche Machtkaempfe und der Aufstand der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN in Chiapas bilden den Hintergrund.
Die vom Ex-Praesidenten Carlos Salinas 1988 eingefuehrte neoliberale Wirtschaftspolitik und das seit dem 1.Januar 94 gueltige Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada haben unuebersehbare Spuren hinterlassen. Waehrend sich Salinas durch sein selbstgewaehltes Exil in den USA jeder Verantwortung entzieht, leidet die mexikanische Bevoelkerung unter dem Zusammenbruch weiter Industriezweige. Der nationale Maisanbau ist aufgrund der Billigimporte aus den USA um 35 % zurueckgegangen, 30 % der Suesswarenproduzenten mußten schließen und die Bauwirtschaft verzeichnet Umsatzeinbußen von 60 %. Allein in diesem Sektor haben in den letzten 18 Monaten 3 Mio. Beschaeftigte ihre Arbeit verloren. Der Verfall des mexikanischen Peso im Dezember 94 auf unter die Haelfte seines Kaufwertes hat das Heer der unter der Armutsgrenze lebenden Mexikaner/innen auf fast 40 Mio. Menschen ansteigen lassen.
Mit repressiven Maßnahmen versucht die Regierung die aus dieser Misere resultierende Kriminalitaet und vor allem die wachsenden Proteste zu unterdruecken. Ein am 1. Juli in Kraft getretenes Gesetz erlaubt es der Polizei in Mexiko-Stadt willkuerliche Durchsuchungen und praeventive Festnahmen "verdaechtiger" Personen durchzufuehren. Die Komplizenschaft von Justiz und Polizei mit dem Drogenkartell wurde bei der Festnahme des Drogenbosses Palma Salazar Ende Juni erneut offenkundig. Der Chef des Sinaloa-Kartelles wurde in der Wohnung eines von ihm bezahlten Staatsanwaltes aufgespuert, in Begleitung zweier als Leibwaechter taetiger Polizisten. Den traurigen Hoehepunkt bildet derzeit eine Polizei-Aktion vom 28.Juni im Bundesstaat Guerrero. Mitglieder der Bauernorganisation OCSS fuhren zu einer Demonstration, um Lebenszeichen eines im Mai festgenommenen und seitdem "verschwundenen" Campesinos einzufordern. Nahe Coyuca de Benitez, ca. 50 km vom Urlaubsort Acapulco entfernt, wurden die unbewaffneten Bauern in einem Hinterhalt von Polizisten angegriffen. 17 Campesinos wurden erschossen, weitere 22 verletzt.
In der Hauptstadt konzentrieren sich die Proteste vor allem gegen die Zerschlagung des staatlichen Transportunternehmens RUTA-100 und ihrer Gewerkschaft SUTAUR. Diese war im Februar 95 unter dem Vorwurf Gelder veruntreut und der EZLN gegeben zu haben verboten worden. Die Konten der Gewerkschaft wurden beschlagnahmt, alle 12ooo Beschaeftigten von RUTA-100 entlassen und 11 Fuehrer von SUTAUR dem Haftrichter Polo Uscanga vorgefuehrt. Dieser lehnte eine Inhaftierung der Angeklagten ab und trat wenig spaeter von seinem Amt zurueck. Ende Juni erklaerte er der Presse, daß er vom Praesidenten des Obersten Gerichtes bedroht worden sei, um die Haftbefehle auszustellen, dieses jedoch verweigert habe. Einen Tag spaeter wurde Polo Uscanga ermordet aufgefunden.

In ganz Mexiko hat die Staatspartei PRI die Repression verschärft, besonders aber in Chiapas. Seit Ende April werden permanent besetzte Plantagen geräumt. Dabei gehen Militärs, Polizisten und "Weiße Garden", die Todesschwadrone der Großgrundbesitzer, gemeinsam gegen die Campesinos/as vor. Dutzende Menschen wurden bei den Räumungen ermordet, hunderte in Gefängnisse verschleppt. Das repressive und mörderische Vorgehen des Staates gegen die verschiedenen sozialen Bewegungen wurde von der Zapatistischen Befreiungsarmee bei den im Juli in San Andrés Sacamach'en de los Pobres stattfindenden "Friedensgesprächen" heftig verurteilt. Bei der vierten Verhandlungsrunde zeigte sich die Regierungsseite erneut kompromißlos. Aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit, der weiterhin andauernden totalen Besetzung weiter Teile von Chiapas mit ca. 70000 Soldaten, sieht sich die PRI-Diktatur nicht mal zu den kleinsten Zugeständnissen gezwungen. Um den Druck auf die Regierung zu verstärken, hat die EZLN zur Teilnahme an einem Plebiszit aufgerufen. Dabei geht es vor allem um die Suche nach einem Modus zur Koordinierung und Vereinigung des Widerstandes gegen die Einparteienherrschaft. Denn ein Zusammenschluß der Opposition in einer breiten Front, die eine noch zu schaffende legale und zivile Organisation der Zapatistas einschließt, könnte den Herrschenden mehr Probleme bereiten, als das derzeit bestehende Nebeneinander zerstrittener Gruppen. Neu an dem Plebiszit ist, daß sich die EZLN ausdrücklich auch an die internationalen Soli-Gruppen wendet und zur Beteiligung an der Umfrage in möglichst vielen Ländern aufruft.

Am Montag, 7.August, werden im EX (Gneisenaustr.2, Kreuzberg) und im KOB (Potsdamer Str.157, Schöneberg) ab 19 Uhr Befragungen duchgeführt. An diesem Tag geht auch die internationale Kampagne zu Ende.

Gruppe SOLIDARIDAD DIRECTA,



BeobachterInnen für Chiapas/Mexiko

Seit dem Aufstand indianischer Bauern in Chiapas, im Süden Mexikos, setzt dort die mexikanische Regierung mit mehr als 40 000 Soldaten einen Krieg "niedriger Intensität" gegen die Zapatisten und die indianische Zivilbevölkerung fort.

Erfahrungen zeigen, daß internationale BeobachterInnen einen gewissen Schutz gegen Übergriffe der mexikanischen Armee in den von diesen besetzten zapatistischen Gemeinden bieten . Sie tragen dazu bei, das öffentlich zu machen, was möglichst ohne Zeugen bleiben soll.

Wer wäre bereit, den zivilen Widerstand in Chiapas als internationale(r) BeobachterIn zu unterstützen?
Voraussetzungen dafür sind:
- Spanisch
- Die Bereitschaft, mindestens drei Wochen dort zu bleiben.
- Sich vorher mit den politischen und bestimmten kulturellen Gegebenheiten vertraut zu machen.

Weitere Informationen und Kontakt:

Mexiko-Gruppe des FDCL, Mo 19.30-22.00 Uhr, Tel. 693 40 29
oder : Jorge, Mi. 18.00-20.00 Uhr, Tel.: 291 89 03

ACHTUNG -



In Berliner Szenkneipen treibt sich ein Typ rum, der unter dem Vorwand Unterschriften für ein Tiefflugverbot zu sammeln, Leute dümmlich provoziert und versucht sie in Diskussionen zu verwickeln. Wir vermuten, daß er versucht Informationen über Leute aus der Linken zu sammeln.

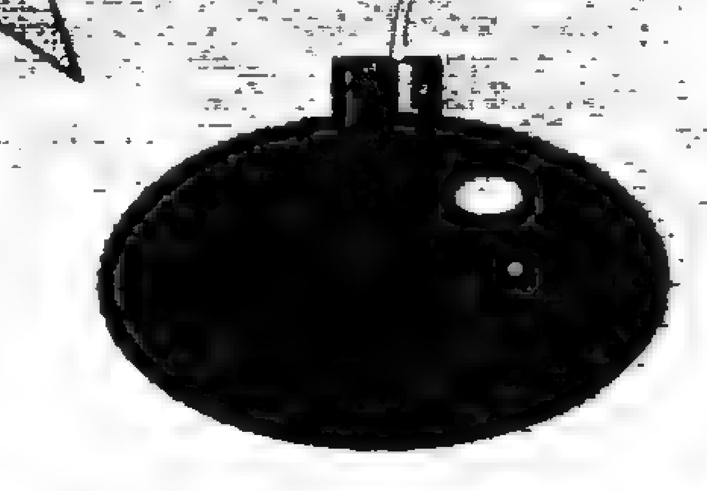
Er ist ca. 185cm groß, hat einen Vollbart, stechend blaue Augen und erzählt, daß „seine„ Frau und „sein" Kind bei einem Tiefflug ums Leben gekommen sind. Damit versucht er Leute moralisch unter Druck zu setzen seine Unterschriftenliste zu füllen. Wenn diese sich weigern, droht er mit Anschlägen auf die linke Szene. Auch wenn das reichlich durchgeknallt klingt, bekommt es dadurch eine gewisse Brisanz, daß er behauptet, daß er sowohl Mitglied der GSG 9 als auch beim BGS war und jetzt noch Mitglied der Polzeigewerkschaft ist. Mit sich führt er die Unterschriftenmappe, in der sich auch Fotos von Leuten, die unterschrieben haben, befinden. Diese zeigt er allen, die es sehen wollen und gibt Infos über die abgebildeten Personen. Auf einem Foto ist eine Frau aus der linken Szene zu sehen, die er als Nazi-Frau denunziert.

Auch hier gilt: Anna und Arthur halten´s Maul!
Unterschreibt auf keinen Fall auf der Liste und schreibt auf, wenn Euch was ähnliches passiert ist.

Hallo!

Seit einiger Zeit existiert bei uns die Idee eine große Kundgebung á la U.K./Spaßtage - Autonomen Kongress in Holland/Rotterdam zu organisieren. Unter dem Namen "Tausend Bomben und Granaten" findet diese Kundgebung vom 26 August bis zum 2 September statt. Mit dieser Kundgebung wollen wir einen Knotenpunkt für allerlei revolutionäre Menschen, Ideen und Aktivitäten schaffen. Eine Gelegenheit um zusammen etwas gemeinschaftlich zu machen, zu verändern und ab zu machen. In Rotterdam, Holland und außerhalb gibt es unserer Meinung nach genügend Individuen, Gruppen und Initiativen um daraus etwas besonderes zu machen. Wir kümmern uns um Räumlichkeiten, Schlafplätze, Kochgelegenheiten und andere nette und notwendige Dinge für einige Hundert Menschen. Mit unserer Gruppe ist es unmöglich eine Woche lang alle Aktivitäten selbst zu regeln. Das ist für uns auch nicht wünschenswert, wir sind nicht Center Parks und wir wollen das jeder das eigene Leben in die eigene Hand nimmt. Darum seit ihr von Herzen eingeladen um auch etwas zu tun. Brecht mit dem Ferienschlendrian und organisiert eine anregende Diskusion und konfrontierende Aktionen, ein festliches Konzert oder etwas anderes. Wenn ihr willt was ihr wollt laßt es uns wissen. Tut das bitte in der 30. Woche (24-28 Juli), dann können wir eure Ideen noch in das Flugblatt und das Programmbuch aufnehmen. Klapt dies nicht, keine Panik, selbst in der Aktionswoche steht noch alles offen für verrückte, irrsinnige und tolle Ideen.

KOMMT ALLE UND NOCH MEHR, bis bald !



Unsere Adresse:

Duizend bommen en granaten
Postbus 28546
3003 JA Rotterdam

Tel.: 0031-10-4678822 (jeden Donnerstag 12-18 Uhr)
Fax.: 0031-10-4678822 (bitte erst anrufen)

Rettet das Leben von Mumia Abu Jamal!

Just in time



Aufruf zur bundesweiten Blockade der Opel - General Motors - Werke in Bochum!

KOMMT ALLE AM 14. AUGUST ZUM SCHICHTWECHSEL - JUST IN TIME - UM 13.00 UHR ZUM WERK 1 TOR 1 NACH BOCHUM LAER!

Wir wollen für die zugespitzte Situation, für den Fall, daß der Hinrichtungstermin nicht ausgesetzt wird, eine bundesweite Aktion organisieren, die gegen US-amerikanische Wirtschaftsinteressen gerichtet ist und darüber Druck auf die justiziellen Mörder erzeugen soll. Wir organisieren für den 14. August die Blockade des Werk 1 von Opel-General Motors in Bochum. Wir gehen davon aus, daß zu diesem Zeitpunkt viele Menschen und Gruppen aus unserem Spektrum bereit sein werden, sich auch bundesweit an einer zentralen entschlossenen Aktion zu beteiligen. Nach den vielen kleinen und großen Aktionen in den letzten Monaten vor Konsulaten und Botschaften und nach der gemeinsamen bundesweiten Demonstration in Berlin, finden wir es wichtig eine Aktion durchzuführen, die direkt eingreift und unseren Widerstand gegen den staatlichen Mord an Mumia deutlich ausdrückt." Da gerade in den USA ganz unverblümt„Geld die Welt regiert" und die verantwortlichen Politiker nicht nur in Wahlkämpfen direkt und offensichtlich an der finanziellen Leine diverser Konzerne laufen, ist dort unser Ansatzpunkt. Wir wollen versuchen, in aller Öffentlichkeit General Motors durch ein flexibles Blockadekonzept wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. General Motors ist weltweit ein Symbol für die Konzentration von Macht, die sich von der Abpressung von Arbeit nährt. Die rassistisch organisierte Ausbeutung war auch immer ein Teil der Gewaltverhältnisse, gegen die Mumia Abu Jamal als Black Panther und kritischer Journalist angekämpft und angeschrieben hat.
Durch die Umstrukturierung der Automobilindustrie sind Opel und Co. auf reibungslosen LKW- und Schienenverkehr angewiesen. Erst kurz bevor einzelne Bauteile am Fließband benötigt werden, erfolgt ihre Anlieferung. Die just in time Produktion ist sehr anfällig für Störungen und jeder LKW, der nicht rechtzeitig ankommt, kann den Produktionsablauf erheblich stören. Die Brisanz einer solchen Aktion liegt deswegen nicht nur in dem hohen materiellen Schaden, den sie anrichten kann, sondern auch in der Unverschämtheit, sozusagen das allerheiligste - weil empfindlichste- Glied, in der neustrukturierten Ausbeutungskette zu unterbrechen.
Damit deutlich wird, daß die Aktion sich nicht gegen die bei Opel Beschäftigten richtet, sondern gegen General Motors als amerikanische Institution, wurden bereits am 8. Juli anläßlich einer Betriebsversammlung ein Flugblatt verteilt. Für einen weiteren Vermittlungsschritt in den Betrieb wird ein Massenflugblatt vorbereitet, um die bei Opel Arbeitenden über den Stand der Kampagne und über die Blockade auf dem laufenden zu halten.
Wir wollen eine Blockade versuchen, die die **just in time** LKW Zulieferung direkt behindert. Auch wenn sich die Werksleitung möglicherweise auf eine Blockade durch das Anlegen einer Reserve einstellen kann, wird das Vorführen ihrer prinzipiellen Verletzbarkeit sie ziemlich nervös machen, was entsprechende Reaktionen von Polizei und Werkschutz zur Folge haben kann. Es ist sonnenklar: Opel - General Motors werden wir nur treffen können, wenn wir viele sind. Sorgen wir dafür! Wenn die Hinrichtung von Mumia Abu Jamal für den 17. August nicht ausgesetzt wird, werden wir viele sein!!!
Kommt organisiert und in Massen am 14. August zur Blockade von Opel Bochum just in time zum Schichtwechsel 13.00 Uhr Tor 1 Werk 1 Bochum Laer!!!

(Das Tor 1 vom Werk 1 ist am Sheffield-Ring / Ecke Auf der Heide am Kreisverkehr. Die Opel AG stellt genug Parkplätze zur Verfügung!! Öffentliche Verkehrsmittel: Straßenbahn/ Bus 302/310/345/360 Wittenerstr. Aussteigen, danach Fußweg von 15 min) Weitere Informationen, Pläne etc. liegen rechtzeitig bei euren lokalen Unterstützungskomittees für Mumia Abu Jamal vor.

v i ds p I Lopez Wolfsburg

Bundesweites Vorbereitungstreffen Samstag den 5 August 11.00 Uhr im Autonomen Zentrum Wuppertal Wiesenstr.11.

zum autonomie kongress reader 3

tach!
nun ist es schon eine weile her seit ostern, als sich viele in der TU berlin zum **autonomie kongress** zusammengefunden haben...eine bewertung scheint uns schwer zu fallen.
nun gut, das desaster oder der "abgesang der autonomen", was einige erwartet haben, war es dann nicht, aber auf der anderen seite war es bestimmt auch nicht der "qualitative sprung" ins 21 jahrhundert ...
ob eine chance vertan wurde dem auseinanderdifferenzierungsprozessen der autonomen linken etwas entgegenzusetzen, also die diskussion zu organisieren, läßt sich aus unserer sicht mehr an der vorbereitungphase des kongresses festmachen, als daran, was vor ort hätte besser gemacht werden können.
was klar ist: wir waren zu wenige, zu wenige haben den prozess hin zum kongress als den ihrigen begriffen.
aus unserer sicht gab es durch die struktur (großplenas/+AGs) eine "inflationäre" themenauswahl, die verhinderte, den kongress als kristilisationspunkt zu nutzen...
wir denken, daß auf den großveranstaltungen schon die "entscheidenen fragen" gestellt worden sind...es blieb aber dann doch ein unorganisierter wunsch, daß diese dann in den AGs weiter erötert werden.
nichtsdestotrotz war der kongress für viele auch "produktiv": viele AGs bildeten sich spontan, die themenauswahl war riesig und nicht unbedingt immer beliebig.
kontakte aufzufrischen, genossInnen zu treffen, andere kennenzulernen war auch eine nicht zu unterschätzende ebene auf dem kongress...
wir halten es für richtig, bezugspunkte zu schaffen, die nicht unbedingt an einer aktion/kampange festgemacht werden. soziale/kommunikative räume zu öffenen gegen die sprachlosigkeit und vereinzelung ist auch unabhängig von großereignissen für eine radikale politik überlebensnotwendig. neben dieser basisbanalität, so schwer sie in der praxis sich darstellt, bleiben uns zur kommunikation ja dann noch unsere medien...
es scheint, als sei eine individualisierte reflexion über das, was geschrieben wird, immer mehr der normalfall in "unserem spektrum" ...selten ergeben sich diskussionen um das „wie weiter“ an denen viele gruppen teilhaben bzw sich darauf beziehen...nun gut.
nichtsdestotrotz wollen auch wir zum papierberg beitragen. analog zu der idee des kongresses soll es einen **weiteren reader** geben, nummer drei also!
im gegensatz zu den beiden ersten readern geht es uns aber nicht darum, einfach nur die texte zu bündeln und dann euch vor die füße zu werfen...

die readeridee:
der reader verfolgt vom anspruch her das gleiche anliegen wie der kongress. er soll einen bezugspunkt schaffen, eine konzentration von dem, was da ist, eine bestandsaufnahme, kollektive reflexion/aufarbeitung und kritik...
wir denken daß "das neue", auf das viele warten, von dem viele meinen, daß es sich auf dem kongress nicht gezeigt hat, schon auch ansatzweise auf den kongress formuliert wurde.
im "markt der möglichkeiten" ist vieles an "brauchbarer" kritik verschwommen...
wir denken, daß auf den eröffnungsveranstaltungen und auch in einigen AGs der versuch gemacht wurde kritik zu üben, um daraus schritte abzuleiten wohin es gehen kann und warum es im heute so zäh ist, warum "die bewegung" auf der stelle tritt/im szene"ghetto" klebt...etc.
der reader soll keine "lieblose" blättersammlung werden, sondern soll konzeptionell verständlicher und somit zugänglicher sein als die beiden vorheriegen.
daraus folgt die einfache gliederung nach den drei tagen mit ihren mottos:

1. **autonomiebegriff , politisches selbstverständniss, die form des widerstandes**
2. **auseinanderdifferenzierung, solidarisierung und abgrenzung linksradikaler gruppen/strömungen untereinander**
   "wer macht hier eigentlich noch linksradikale politik"
3. **revolution, täglich oder gar nicht !**
   organisierung ?, widerstand ? utopien ?

die redemanusscripte der eröffnungsveranstaltungen werden auf alle fälle abgedruckt. weitergehend wollen wir kurze einleitungen zu den texten schreiben.
es wird eine presseauswertung geben; einen pressespiegel wohl aber eher nicht.
die idee war ja ursprünglich, daß die AGs versuchen sollten ihr spezifisches thema in bezug zu den jeweiligen tagesmotten zu setzen...das ist meist aber nicht passiert
für den reader wollen wir euch bitten, eure texte etc. so zu schreiben, daß sich im konkreten thema die kernfragen/ grundsätzlichen fragen widerspiegeln.
es sollten also keine ag berichte im sinne von einer reinen dokumentation des diskutierten geschrieben werden, sondern der versuch unternommen werden, die kritik - thesen - reflexionen - informationen perspektivisch "nach vorn gerichtet" zu formulieren.
<u>im diesen sinne begreift sich der reader dann auch nicht ausschließlich als eine dokumentation des kongresses!</u>
denn wir denken daß dokus, die am ereignis zu sehr kleben bleiben, dann auch von den meisten von uns so wahrgenommen werden ("ach das wurde da diskutiert..."), daß dadurch oftmals gute texte als alte gelesen werden und leider relativiert werden. (was sicher falsch ist!)
wie gesagt, der reader soll keine "lieblose papersammlung" werden, dh. auch daß wir das ganze teil setzen und auch eine auswahl der texte treffen werden.(schickt uns **wenns geht** bitte disketten/MAC o. DOS: word bis 5.0)
gestalterisch soll es "schön" sein ohne gleich eine "produktästhetik/form" zu bekommen. weiterhin überlegen wir daran den reader über einen verlag zu vertreiben, so daß wir den stress mit dem vertrieb vom hals haben und das teil dann auch noch länger erhältlich ist.
zusätzlich wird es ca. 5-10 totaldokus geben (in denen alles, aber auch alles drin ist) die wir archiven oder infoläden zur verfügung stellen werden.

redaktionsschluß ist der 1.oktober '95.... wir hören von euch!

die reader-redaktion
c/o kongressini mehringhof
gneisenaustr. 2a 10961 berlin

Räume? öffne

Autonomie Kongreß Ostern '95 14. bis 17.

Presseerklärung der Antifa (M)

Celler Wadenbeißer lassen nicht locker
Generalstaatsanwaltschaft legt gegen alle OLG-Beschlüsse Widerspruch beim Bundesgerichtshof ein.

Die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle hat sofortige Beschwerde gegen die Entscheidung des 3. Strafsenates des Oberlandesgerichtes (OLG) Celle, gegen die Autonome Antifa (M) nicht als "kriminelle Vereinigung" zu verhandeln, beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt. Versuchte die GSA ihre Niederlage im Göttinger Tageblatt vom 28. Juni '95 noch damit zu kaschieren, Gericht und Staatsanwaltschaft lägen "*nur Nuancen auseinander*", kommt ihre Beschwerde einem Amoklauf gleich. Keine einzige Entscheidung des OLG vermag die GSA "zu überzeugen". Der BGH wird zur Eile ermahnt, schließlich verjähre eine Straftat in Sachen "*Weiterstadt-Plakat*" am 15. August '95. Es wurde beantragt, die volle Anklageschrift der GSA vor einem anderen Strafsenat des OLG Celle zur Hauptverhandlung zuzulassen.

In den Augen der GSA ist die Autonome Antifa (M) nach wie vor eine "kriminelle Vereinigung". Da das Fernziel der Autonomen Antifa (M) die "*Errichtung einer gerechteren Gesellschaftsordnung*" sei, könne nicht ausgeschlossen werden, daß sie sogar zu einer "*terroristischen Vereinigung*" konvertiere. "Vom Ansatz bedenklich" sei, daß das OLG "das Versammlungsrecht zu bloßen 'Ordnungsvorschriften' reduziert". Das verstelle den Blick darauf, daß von der Autonomen Antifa (M) "erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht".

Im übrigen sei der "*'Antifaschismus' kein ernstgemeintes Anliegen*" der Autonomen Antifa (M). Es ginge ihr lediglich um "*Bündnispolitik*" und "*Organisierung*". Daß Politik nur organisiert und in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen etwas bewirken kann, scheint außerhalb des Mikrokosmos der GSA zu liegen.

Vollends der Lächerlichkeit preis gibt sich die GSA mit ihrer Begründung, warum das "*Weiterstadtplakat*", mit dem eine Veranstaltung mit ehemaligen RAF-Gefangenen im Mai 1993 angekündigt wurde, doch "*Werbung für die RAF*" sein soll. Das Motto des Plakates laute schließlich "*Zusammen gehört uns die Zukunft*" und nicht "*Uns gehört die Zukunft*". Letzteres "*müßte sie* [die Autonome Antifa (M)] *logischerweise schrei - ben, würde sieausschließlich für sich werben*". Bleiben zwei Details anzumerken: erstens ist das Plakat von KuK (Kunst und Kampf) erstellt worden, zweitens führt die Autonome Antifa (M) seit 1991 Demonstrationen unter der Parole "Zusammen gehört uns die Zukunft" durch.

Mit weiterem Unverständnis reagiert die GSA auf die Entscheidung des OLG, "*Nötigung der Polizei*" nicht vor dem Amtsgericht verhandeln zu lassen. Die Veröffentlichung von Demo-Konzeptpapieren der Gruppe mit der Forderung nach Duldung des Schwarzen Blocks sei "*vollendete Erpressung*". Wenn das OLG dies als "*nachhaltigen Appell an die Polizei*" bezeichne, so sei das "*eine nicht nachvollziehbare Verharmlosung*".

Last, not least schäumt die GSA vor Wut darüber, daß ihre in vier Jahren zusammengetragenen 115 (!) Aktenordner mit 13.929 abgehörten Telefonaten und unzähligen Observationsprotokollen auf allerunterster juristischer Ebene, dem Strafrichter des Göttinger Amtsgerichtes, verhandelt werden sollen. Da Bestandteil der Politik der Autonomen Antifa (M) auch der 'Kampf gegen die Klassenjustiz' sei, solle doch wenigstens vor dem Landgericht verhandelt werden.

Die Aufregung der kriminalisierenden Vereinigung GSA ist angesichts ihrer Niederlage nachzuvollziehen. Schließlich ist hiermit vor einer aufmerksamen Öffentlichkeit die Ermittlungspraxis mit den beiden Paragraphen 129 und 129a in Frage gestellt. Allein die Existenz dieser Sonderrechtsparagraphen ermöglichte den gigantischen Ermittlungsaufwand.

Die Autonome Antifa (M) fordert: Ersatzlose Streichung der §§ 129/129a, ersatzlose Auflösung der immer noch ermittelnden SoKo 606 des LKA Niedersachsen und Einstellung des gesamten Verfahrens gegen alle 17 Angeklagten.

Autonome Antifa (M),
organisiert in der



zu erreichen über:
Außenreferat · AStA der Uni Göttingen · ✆ 0551/39 45 69 · Fax: 39 45 64
Spendenkonto für die Prozeßkosten:
Antifaschistische Liste · Kto-Nr.: 150 497 006 Sparkasse Göttingen · BLZ: 260 500 01 · Stichwort: „Solidarität".

Frankfurter Rundschau Mittwoch, 5. Juli 1995

Autonome Antifa

Staatsanwälte fassen nach

sp HANNOVER, 4. Juli. Auf die Weigerung des Oberlandesgerichts Celle, gegen die Göttinger Gruppe Autonome Antifa (M) als eine „kriminelle Vereinigung" zu verhandeln, hat die Celler Generalstaatsanwaltschaft mit einer Beschwerde beim Bundesgerichtshof reagiert. Der Gruppe, die als Fernziel eine „gerechtere Gesellschaftsordnung" anstrebe, sei der Antifaschismus kein ernstgemeintes Anliegen, argumentiert die Anklagebehörde. Dem 3. Strafsenat wirft sie vor, in seinem ausführlichen Beschluß die „Ziele, Militanz, Beständigkeit und kriminelle Energie etc." nicht gewürdigt zu haben. Die Beschwerde läuft darauf hinaus, daß der Bundesgerichtshof den Fall einem anderen Senat des OLG Celle zuweisen soll.

---

junge Welt
Mittwoch, 5. Juli
1995, Nr. 149

Staatsanwalt legt Beschwerde ein

GÖTTINGEN. Gegen die Entscheidung des 3. Strafsenats des Oberlandesgerichts (OLG) Celle, gegen die Autonome Antifa (M) nicht als »kriminelle Vereinigung« zu verhandeln, hat die Generalstaatsanwaltschaft Celle jetzt beim Bundesgerichtshof Beschwerde eingelegt und beantragt, den Prozeß gegen 17 angebliche Mitglieder der Gruppe vor einer anderen Kammer des OLG zu eröffnen. Weil die Autonome Antifa (M) für eine »gerechtere Gesellschaftsordnung« eintrete, könne nicht ausgeschlossen werden, daß sie sogar zu einer »terroristischen Vereinigung« mutiere, begründen die Celler Strafverfolger ihre Verbissenheit. *(jW)*

Göttinger Tageblatt
MITTWOCH, 5. JULI 1995

Beschwerde vor dem BGH

Antifa-Vorwürfe wiederholt

Göttingen (pl). Die Generalstaatsanwaltschaft in Celle hat in den Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) sofortige Beschwerde vor dem Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt. Das Rechtsmittel richtet sich gegen den Beschluß des Oberlandesgerichts (OLG), das die Vorwürfe der Strafverfolger zurückgewiesen hatte, die Antifa sei eine kriminelle Vereinigung und werbe für die Rote Armee Fraktion.

Diese Einschätzungen hatten dazu geführt, daß das Oberlandesgericht (OLG) die verbliebenen Anklagepunkte wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Nötigung an das Amtsgericht Göttingen verwiesen hatte. Die OLG-Richter kamen zu dem Schluß, daß von der Antifa (M) keine erhöhten Gefahren für die öffentliche Sicherheit ausgingen. Die Verwendung des Fotos der von der RAF zerstörten Justizvollzugsanstalt Weiterstadt diene nicht der Werbung für eine terroristische Vereinigung, sondern für die Antifa selbst, erklärte das OLG.

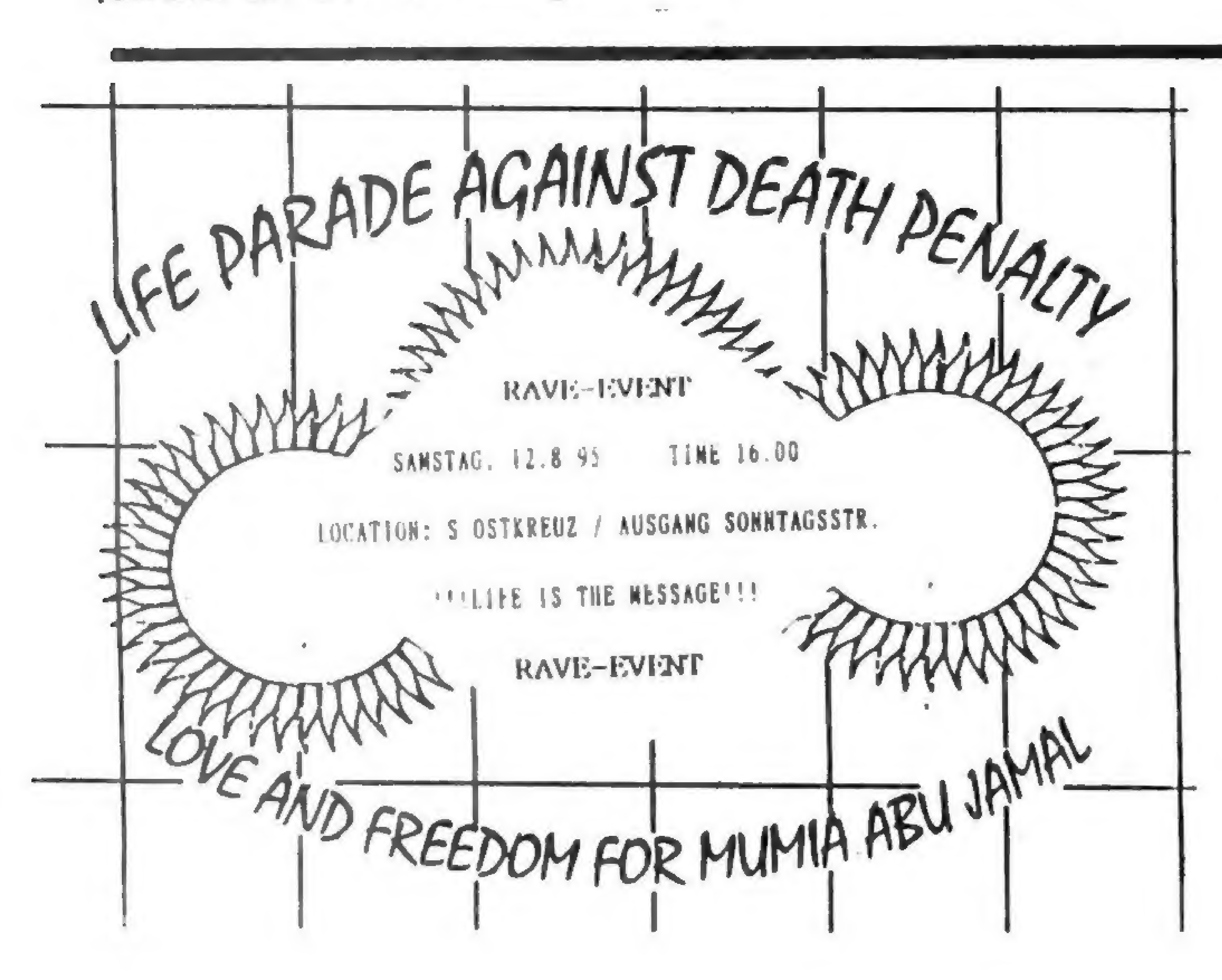
Verjährung im August?

Das will die Generalstaatsanwaltschaft nicht gelten lassen. Sie beantragt, die Verhandlung vor dem OLG zu eröffnen, weil es sich bei der Antifa eben doch um eine kriminelle Vereinigung handele, die mit dem Weiterstadt-Plakat auch für die RAF werbe, so eine Sprecherin der Behörde. Zur Beschwerde muß noch der Generalbundesanwalt Stellung nehmen. Die Anklagevertretung mahnt zur Eile, weil Vorwürfe wegen des Weiterstadt-Plakates verjähren könnten.

Die von den Anklagen betroffene Antifa (M) kommentiert die Beschwerde mit „Celler Wadenbeißer lasse nicht locker". In einer Presseerklärung heißt es, die Generalstaatsanwaltschaft kocht vor Wut darüber, daß ihre in vier Jahren zusammengetragenen 115 Aktenordner mit 13 929 abgehörten Telefonaten auf der untersten juristischen Ebene verhandelt werden solle.

AUFDRINGLICH und UNVERSCHÄMT

Hin & Weg (Oldenburg) und Panik im Thronsaal (Dresden)
am Di. 8.8.95 in der Wagenburg "Schwarzer Kanal" ab 21.00
(direkt an der Schillingbrücke)





EZLN Consulta Internacional

CHIAPAS-AKTIONSTAG: Montag, 7.August
Internationale Kampagne der EZLN

EX Gneisenaustr.2 ,Kreuzberg
KOB Potsdamer Str.157, Schöneberg
jeweils um 19 Uhr Beginn

Außerdem im KOB: Cocktails und Film

FILME IN DER REIHE `FRIEDRICHSHAINER GESCHICHTEN`

SA 29.07. `LEGENDE VON PAUL UND PAULA`
Film nach einem Buch von Ulrich Plenzdorf.
Er handelt von einer Liebesgeschichte in der Singerstr./Friedrichshain und der Sanierungspolitik der KWV

SO 30.07. `SAG NIEMALS NIE`
Film von und über die Mainzer Str.

MO 31.07. `OSTKREUZ`
Film über`Wendekinder`in einer Containersiedlung am Ostkreuz

Alle Filme um 21 Uhr im GRÖßENWAHN in der Kinzigstr. 9 HH
U-Bhf Samariterstraße



Wilhelmstraße 9
10963 Berlin
Tel / Fax 030-2518539
U Hallesches Tor

Kiezküche im Weißbecker-Haus
Mo-Do 18-22 Uhr
Vegetarisch oder fleischig
Salat + Dessert

Chiapas-Fotoausstellung mit neuen Bildern
Mo-Do 18-22 Uhr bis 18.8.95
Jeden Di. " todos somos Marcos"
jeden Mi. " die wahre Legende d. Subcomandante Marcos"
Jeweils 20 Uhr auf Videogroßbild

Das erste Plenum zur Vorbereitung des Widerstands gegen den nächsten Castor-Transport findet am Dienstag, den 15.8.95, im Mehringhof (Blauer Salon), Gneisenaustraße 2a um 20 Uhr statt. AOK

Tag 2
JETZT ERST RECHT!

Autonomes Mädchenhaus

5 JAHRE AUTONOMES MÄDCHENHAUS - BENEFIZPARTY
- ladies only-
Wir freuen uns,mit dir/euch unseren Geburtstag zu feiern!
wann? **Sonntag, 13.8.95**
wo? **Pfefferberg**,U-Bahnhof Senefelder Platz
los gehts ab 18.00 Uhr mit
Film: **"Mein Feind"** von Bettina Flittner
WAKINAMA(afrik. Tanz), **Frauenchor, Akrobatik**
Musikkabarett **"Zwei Drittel"** / **ZRAZY** (irisch. Frauenband)
anschl **Disco**
Eintritt 15 DM/erm. 10 DM

Das Mädchenhausteam

